

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

129 (8.6.1931)

# Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SCHWARZWAJDERBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gezeichneten Millimeterzeile kostet 12 Dinare, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Dinare. Die Resten-Millimeterzeile 60 Dinare. Bei Wiederholung Rabatt nach Zahl der bei Nichterhaltung bei Fortzahlung des Abbestellens nach bei Anhalten außer Kraft tritt. Geschäftszeiten, bei geschäftlicher Betätigung nach bei Anhalten außer Kraft tritt. Geschäftszeiten und Geschäftszeiten in Karlsruhe L. D. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungbrüder, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,66 Mark o. Einzelverkauf 10 Dinare o. Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellung 2020 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Jernstr. 1020 und 1021 o. Postfach-Nr. 11040. Druck: Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdstraße 12; Postfach, Telefon-Nr. 2. Offenburg, Hauptstraße 8

Nummer 129

Karlsruhe, Montag, den 8. Juni 1931

51. Jahrgang

## Die neue Notverordnung

Harte und drückende Maßnahmen um das Budget zu flicken / Wo bleibt die Arbeitsbeschaffung als das Hauptproblem?

Die neue Notverordnung ist heraus. Ein Schrei der Beunruhigung geht durch das Volk. Die breiten Massen sind bereit, Opfer für einen Weg aus der Krise zu bringen. Was jedoch an dieser Notverordnung am meisten Beunruhigt, das ist die allgemeine Auffassung, daß auch diese Notverordnung nur Flickwerk ist, daß sie am wichtigsten Faktor vorbeugt, dem Volke wieder Arbeit zu bringen. Der wichtigste Faktor, die Arbeitsbeschaffung, wird nach wie vor als sekundär betrachtet. Dafür steht die zweifellos wichtige Finanzierung fast allein im Vordergrund und diese wird in einer Weise durchgeführt, daß dem sozialen Geist wenig zu spüren ist, geschweige denn schöpferischen Geist zu neuem Aufbau.

Die Reichsregierung hat, so schreibt der Sozialdemokratische Pressebericht zur neuen Notverordnung, die Verkündung der Notverordnung mit einem Aufschrei begleitet. Er verfolgt den Zweck, einmal dem deutschen Volke den unabwendbaren Zwang zur Uebernahme neuer schwerer Lasten begründlich zu machen, und zum anderen das Ausland von der Notwendigkeit einer Beilegung oder zum mindesten einer beträchtlichen Herabsetzung der Reparationsverpflichtungen zu überzeugen.

Mit den Worten, die an die Adresse der Gläubiger gemacht werden, können wir uns in wesentlichen einverstanden erklären. In der Tat ist die Grenze dessen, was man dem deutschen Volk an Entbehrungen aufzuerlegen vermag, erreicht. Nicht einverstanden können wir uns freilich erklären mit der scharfen Ablehnung weiterer Auslandskredite. Wir verstehen nicht, warum dieser Regierung, die noch vor kurzem dem Ausland aus seiner Zurückhaltung in der Gewährung langfristiger Anleihen einen Vorwurf machte, jetzt eine Inanspruchnahme fremder Hilfe für unmöglich erklärt. Noch ernstere Bedenken haben wir gegen den Teil des Appells zu erheben, der sich an das eigene Volk wendet. Es wird da von den Härten gesprochen, die alle Kreise treffen, und davon, daß die Einkünftigen ihre Unvermeidlichkeit begreifen würden. Gemiß wird es an dem Begreifen der finanziellen Not- und Zwangslage ganz allgemein nicht fehlen. Aber ebenso bestimmt wird die Frage aufgeworfen, ob ihre Beilegung nur auf dem Wege erreicht werden konnte, den die Regierung eingeschlagen hat. Die Härten mögen alle Kreise treffen, aber sie treffen sie bestimmt nicht mit der gleichen Schwere. Die Sanierung der Finanzen erfolgt weit weniger zu Lasten der Besitzenden als zu Lasten derer, die ohnehin schon in erster Linie das wirtschaftliche Elend am eigenen Leibe zu spüren haben, und von ihnen wird die Mahnung, „die Größe und den Idealismus deutschen Volkstums wie in früheren Schicksalsstunden zu beweisen“, nur mit Bitterkeit aufgenommen werden. Der Idealismus der Notleidenden ist schon gar zu oft in Anspruch genommen worden, und es wäre wohl Zeit gewesen, endlich einmal an die Pflicht der Besitzenden zu erinnern!

In den Maßnahmen der Regierung fehlt der Wille, auch die Besitzenden zu den Lasten der Sanierung heranzuziehen, so gut wie vollständig. Sieht man von der Erhöhung der Mineralölzölle und von der beschleunigten Zahlung der Umsatzsteuer ab, so bleibt als einzige Belastung für die Besitzenden nur die Heranziehung zur Krisensteuer. Die Krisensteuer ist nicht aufgebaut auf dem Maßstab der Leistungsfähigkeit. Die Krisensteuer, die in zwei Teile zerfällt, belastet die Lohn- und Gehaltsempfänger mit Steuerlasten, die im Durchschnitt zweimal bis dreimal so hoch sind wie die Sätze, die dem freien Einkommen auferlegt sind. Dieses Unrecht wird noch verstärkt, weil bei der Krisenlohnsteuer das Bruttoeinkommen, bei der Krisensteuer der Veranlagten aber das Nettoeinkommen zugrunde gelegt wird. Beim Lohnsteuerpflichtigen gibt es keine Rückerstattung, während dem Veranlagten die Steuern zurückgezahlt werden, wenn er zuviel entrichtet hat. Der ganze Fehlbetrag bei der Arbeitslosenversicherung mit rund 400 Millionen für den Rest dieses Jahres soll durch Leistungskürzungen eingepart werden. Einschränkung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge zieht die Einschränkung bei den Wohlfahrtsleistungen der Gemeinden unweigerlich nach sich. Es fehlt aber in den Notverordnung auch nicht an einem von verschiedenen Seiten ausgehenden Ziel gewalttätiger Drosselung der Wohlfahrtsausgaben dienenden Druck.

Es besteht kein Zweifel, daß die unsoziale Gesinnung, die aus der Notverordnung spricht, die zu einer Schonung der leistungsfähigen Schichten und zu brutalen Maßnahmen gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise geführt hat, den sich wersten Widerstand aller davon betroffenen Kreise hervorzurufen wird.

Sozialdemokratische Partei und freie Gewerkschaften werden sich zum Dolmetscher der Gefühle der notleidenden Massen machen. Noch im Laufe dieser Woche

werden die Vorstände dieser Organisationen die Mittel und Wege zu prüfen haben, die dem Schutze der sozialen Leistungen und der Erhaltung der Kaufkraft der Arbeiterklasse dienen.

### Der Inhalt der Notverordnung vom 5. Juni

Die neue Notverordnung der Reichsregierung ist vom Reichspräsidenten am 5. Juni unterzeichnet und veröffentlicht worden. Sie bringt einschneidende Lasten, um das Budgetdefizit auszugleichen. Die Verordnung ist mit einer längeren Einführung versehen, in der die vorgeschlagenen Maßnahmen begründet werden.

#### Allgemeine Maßnahmen

Die Reichsregierung erklart in einer Sentenz der Gesetzgebungs- und Preise eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß Deutschland im wirtschaftlichen Wettbewerb gestärkt wird, sich die Geschäfte beleben, die Erzeugung wieder ansteigt und damit für die Beschäftigung Arbeitsloser neue Plätze schaffen werden.

Mit dem Ziel, die Wirtschaft aus allzu starren Bindungen zu lösen, wurde beschlossen, das Kohlenmonopol nur um zwei Monate zu verlängern. Weiter wird die Reichsregierung darauf hinwirken, daß Innungen und Zwangsinnungen für eine gewisse Zeit von ihrer Befugnis, Wettbewerbsbindungen mit Ordnungsmitteln zu besetzen, keinen oder nur ausnahmsweise Gebrauch machen. Notfalls ist eine Ermächtigung zur zeitweiligen Aufhebung dieser Befugnisse vorgesehen. Auch darüber hinaus wird sich die Reichsregierung für die Lockerung besonders überspannter Preisbindungen einsetzen.

Im Handel mit Lebensmitteln müssen die Preise in allen Arten erkennbar sein. Rückkehr zur Preisrechnung in weit stärkerem Maße als bisher, ist zu fördern. Im Steintohlenbergbau wird eine Verbilligung dadurch ermöglicht, daß der Bergbau unter Tage von den Beiträgen der Arbeitslosenversicherung befreit wird. Die Rechte der Bergarbeiter werden dadurch nicht berührt. Auch die Lasten, die auf der Landwirtschaft ruhen, müssen weiter gesenkt werden. Auf

feinerlichem Gebiete hat das Reich alles getan, was in dieser Hinsicht möglich war. Auch die übrigen öffentlichen Abgaben aller Art zu verringern, muß angestrebt werden.

Es werden ferner die wichtigsten und verantwortungsvollen Aufgaben des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und der landwirtschaftlichen Selbsthilfemaßnahmen gekennzeichnet sowie die Maßnahmen zur Umstellung von Roggen auf Weizenbau. Der Verbrauch von Weizen Gebäck, das zum Teil aus ausländischem Getreide hergestellt wird, muß in diesen Notzeiten durch gutes preiswertes Brot aus deutschem Roggen ersetzt werden.

Die Möglichkeit der Aufhebung des Nachtbrotverbots für dreischichtige Betriebe in Großstädten, Verringerung des Brotgebotes und die Ermächtigung zur Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer für alle Lebensmittel sind in Aussicht genommen.

Die Reichsregierung schafft in der Notverordnung den Rahmen für einen freiwilligen Arbeitsdienst.

Zu seinen Trägern werden in erster Linie Vereinigungen und Verbände gehören, die aus ihren Reihen Gemeinschaftsgruppen dienstwilliger zur Verfügung stellen. Die Ausschöpfung dieser Arbeitsmöglichkeiten bleibt allerdings gebunden an die knappen Mittel der öffentlichen Hand. Freiheit der Dienstübernahme, die Auswahl und Zufälligkeit der Arbeiten schließen unzulässigen Wettbewerb mit dem freien Markt aus. Den Teilnehmern soll der Erwerb eines Eigenheims oder einer Siedlerstelle erleichtert werden. Mit der Reichsbahn ist vereinbart, daß für 200 Millionen Mark Arbeiten über den Normallohn von 1931 hinaus beschleunigt ausgeführt werden. Dafür werden innerhalb weniger Wochen über 120 000 Arbeiter neu eingestellt werden, denn auch den beteiligten Industriellen, besonders der notleidenden Steinindustrie, wird durch die Bestellungen zur Beschäftigung verholfen.

Weiter wird die Regierung Mittel der Krisensteuer zur Beschaffung weiterer Arbeitsmöglichkeiten verwenden.

In der Notverordnung wird die Reichsregierung weiterhin ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbe oder Arbeitnehmergruppen, abgeben von Kleinbetrieben, die

Arbeitszeit bis auf 40 Stunden herabzusetzen, und die Zulässigkeit tariflicher Mehrarbeit von einer behördlichen Genehmigung abhängig zu machen. Dabei soll den Bedürfnissen fol-

## Der Aufruf der Reichsregierung

Die Grenze an Lasten, Opfer und Entbehrungen

Die Reichsregierung veröffentlicht folgenden Aufruf:

Die Erwartung, daß die Weltwirtschaftskrise mit dem Frühjahr 1931 abebben und damit Not und Arbeitslosigkeit zurückgehen werde, hat sich als trügerisch erwiesen. Deutschland ist in den Gütertausch der Erde mit einer jährlichen Summe von 23 Milliarden Reichsmark verflochten. Es kann sich allein aus der gemeinsamen Not nicht retten, unter der selbst die im Kriege feindlichen Staaten schwer leiden.

Unsere Sorgen und Schwierigkeiten sind verschärft, weil wir neben der Weltwirtschaftskrise, in der wir leben, noch die besondere Last tragen, als die Unterlegenen des großen Krieges Zahlungen leisten zu müssen. Diese wurden unter Voraussetzungen, die nicht eingetroffen sind, übernommen und entziehen unserer durch Krieg und Inflation verarmten Wirtschaft das Kapital.

Die Tributzahlungen schwächen uns als Käufer und nötigen uns zur Drosselung der Einfuhr. Schwere Lasten und Opfer muß die Reichsregierung dem deutschen Volke zumuten, um die Zahlungsfähigkeit des Reiches ausreißerhalten. Von ihr können Millionen und Abermillionen von Kriegsteilnehmern, Sozialrentnern, Beamten und Angestellten in ihrer Existenz ab-

Auf der ganzen Linie sind die stärksten Anstrengungen gemacht worden, die Ausgaben auf das tragbare Maß zurückzuführen. Nach dem Willen der neuen Notverordnung werden die Ausgaben des Reiches einschließlich der Abstriche vom vorigen Jahre die Restsumme von mehr als 15 Milliarden weniger betragen. Nach dem festen Willen der Reichsregierung soll diese Notverordnung der letzte Schritt zu diesem Ziele sein. Angesichts der Mächtigkeiten einer fortdauernden Krise dürfen Versäumnisse und Unwissenheit unsere Kräfte schwächen. Daß es dabei ohne Härten, die alle Kreise des Volkes treffen, nicht gehen kann, werden die Einkünftigen begreifen. Es ist besser, in geordneten Formen Leistungen, auch wenn es schmerzhaft ist, zu kürzen und Beiträge von denjenigen zu fordern, die noch ein Einkommen haben, als die Gefahr heraufzubefahren, daß Zahlungen, auf denen die Lebenshaltung weiter Volksschichten beruht, eines Tages nicht mehr bewirkt werden können.

In ähnlicher Lage wie das Reich befinden sich Länder und

Gemeinden. Auch sie haben sich weitgehend eingeschränkt und werden es noch mehr tun müssen.

Die Reichsregierung gibt sich über die Schwere der von allen Bevölkerungskreisen zu bringenden Opfer keiner Täuschung hin, aber die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte und die Schonung unserer Konkurrenz auf dem Weltmarkt rechtfertigen die getroffenen Maßnahmen.

Die Einkerbung der letzten Kräfte und Reserven aller Bevölkerungskreise gibt der Deutschen Regierung das Recht und macht es ihr dem eigenen Volke gegenüber zur Pflicht, vor der Welt auszusprechen:

Die Grenze dessen, was wir unserem Volke an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht! Die Voraussetzungen, unter denen der neue Plan zustande gekommen ist, haben sich durch die Entwicklung, die die Welt genommen hat, als irrtümlich erwiesen. Die Erleichterung, die der neue Plan nach der Absicht aller Beteiligten dem deutschen Volke bringen sollte und fürs erste auch zu bringen versprochen, hat er nicht gebracht. Die Regierung ist sich bewußt, daß die aufs äußerste bedrohte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches gebieterisch zur Entlastung Deutschlands von untragbaren Reparationsverpflichtungen zwingt. Auch die wirtschaftliche Gesundung der Welt ist hierdurch mitbedingt.

Das deutsche Volk steht in einem entscheidenden Ringen um seine Zukunft. Vor dem Abzugauben, man könnte ohne Opfer zu einem absehbaren Erfolge gelangen, muß eine verantwortungsbewußte Regierung warnen. Wenn das deutsche Volk an seine Zukunft glaubt, so muß es entschlossen sein, dafür alles einzusetzen. Oft haben die Deutschen in ihrer Geschichte erkannt, daß in kritischer Lage nicht der Kampf der Parteien, sondern der Wille des gesamten Volkes, sich zu behaupten, entscheidend ist. Eine solche Stunde ist gekommen.

Die Reichsregierung kann nicht glauben, daß die neue Generation so klein und die ältere so schwach geworden ist, daß sie nicht vereint imstande wären, im friedlichen Kampf um unseren Wiederaufstieg die Größe und den Idealismus deutschen Volkstums wie in früheren Schicksalsstunden zu beweisen.

Im Vertrauen auf Lebenskraft und Lebenswille des deutschen Volkes wird die Regierung handeln.

Die Reichsregierung.

der Industriebranche Rechnung getragen worden sein, bei denen der stehende Einwand einer Auftrags- oder die Wettbewerbslage gegenüber dem Ausland besonders Beweglichkeit in der Arbeitszeit erfordert. Von einer Herabsetzung der Arbeitszeit wird auch dort abzusehen sein, wo der Lohn bereits an der Grenze des Existenzminimums liegt. In erster Linie soll die Arbeitszeit im Wege freiwilliger Vereinbarungen durchgesetzt werden. Am voranzugehen, hat die Reichsregierung beschlossen, in den

Betrieben und Verwaltungen des Reiches die regelmäßige Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen und nur da längere Arbeitszeiten auszulassen, wo die Verkürzung aus bestimmten Gründen nicht durchführbar ist. Auf ein entsprechendes Vorgehen der Länder, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird mit allen Mitteln hingewirkt werden.

### Sicherung des Haushalts

Obwohl in dem Haushalt 1931 rund 1,15 Milliarden weniger Einnahmestellen eingeplant waren, als das Soll für 1930 betrug, muß mit einem weiteren erheblichen Einnahmefall gerechnet werden. Der Steuerausfall ist auf rund 940 Millionen Mark zu beziffern, von denen 500 Millionen auf das Reich, 440 Millionen auf Länder und Gemeinden entfallen. Außerdem muß im Haushalt des Reiches für den Fehlbetrag der Knappschaftsversicherung sowie eine Reihe anderer Mehrausgaben Deckung geschaffen werden. Die Gesamtdedung nach dem Plan der Reichsregierung gestaltet sich wie folgt:

Reiner Fehlbetrag des Reichs:	
a) Einnahmefall	495 Mill.
b) Mehrausgaben	79 "
Reiner Fehlbetrag des Reichs . . . 574 Mill.	
Deckung:	
a) auf der Ausgabeite	
1. Gehaltskürzung	101 Mill.
2. Reichsversicherung	85 "
3. Sonstige Haushaltsstriche	120 "
zusammen a) . . . 306 Mill.	
b) auf der Einnahmeite	
1. Zucksteuer	110 Mill.
2. Mineralölsteuern	75 "
3. Statistische Abgabe	3 "
4. Uebergang zur Monatszahlung bei der Umsatzsteuer	80 "
zusammen b) . . . 268 Mill.	
Deckung zusammen . . . 574 "	
Krisenfürsorge und Arbeitsbeschaffung:	
Fehlbetrag bei der Krisenfürsorge	245 Mill.
Für Arbeitsbeschaffung	140 "
zusammen . . . 385 Mill.	

Die Deckung wird durch das Aufkommen aus der Krisenfürsorge sichergestellt. Zur Deckung des Fehlbetrages bei Ländern und Gemeinden, insbesondere der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, stehen zur Verfügung:

1. Gehaltskürzung	207 Mill.
2. Lohnsteuererstattung	60 "
3. Umsatzsteuer	35 "
zusammen . . . 302 Mill.	

### Die Gehaltskürzung

Die Dienstbesolde der Reichsbeamten sowie die Versorgungsbezüge der Witwen- und Hinterbliebenen werden um 4 bis 8 Prozent gekürzt. Das Kürzungsmass ist im Gegensatz zur ersten Gehaltskürzung gestaffelt, und zwar sowohl nach der Höhe des Dienstverdienstes wie nach Ortsklassen. Im einzelnen beträgt die Kürzung über die bereits im Januar erfolgte Senkung von 6 Prozent hinaus:

In der Sonder- und Ortsklasse A	
bis 3000 M.	4 Proz.
" 3000 "	5 "
" 12000 "	6 "
über 12000 "	7 "

In den Ortsklassen B, C und D erhöht sich die Kürzung um 1 Prozent. Bei den Reichsministern beträgt die Kürzung 8 Prozent. Hierzu tritt noch die Krisensteuer. Die Senkung erfolgt vom 1. Juli 1931 ab, sie ist unmittelbar nach der Besetzung der Stellen im öffentlichen Dienst. Die Kinderzuschläge bei Beamten und Angestellten werden künftig 10 gegen bisher 20 M. gewährt, während für das dritte und vierte Kind 25 M., für das fünfte Kind und darüber hinaus 30 M. gegen Zuschläge von bisher 20 M. treten. Die Länder, Gemeinden und Gemeindefürsorge sowie Reichsbahn und Reichsbank und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts nehmen entsprechende Kürzungen vor. Ferner sind alle diese Körperschaften des öffentlichen Rechts verpflichtet, eine weitere Gehaltskürzung vorzunehmen, soweit die Dienstbesolde bei ihnen höher liegen als für die entsprechenden Kategorien im Reichsdienst. Durch diesen Gehaltsabbau werden für das Reich einschließlich der Reichspost im laufenden Etatsjahr 100 Millionen Mark erspart, bei den Ländern und Gemeinden in der gleichen Zeit 207 Millionen Mark.

### Die Arbeitslosenversicherung

Das Ansehen der Krise hat die Arbeitslosenversicherung abermals schwer erschüttert. Der Zusammenbruch der Lohn- und Gehaltseinnahmen der deutschen Arbeitnehmer um 7 Milliarden Mark, der durch das Anwohnen der Arbeitslosigkeit und durch die Politik der Lohnsenkungen herbeigeführt worden ist, hat sich katastrophal auch auf die finanzielle Lage der Arbeitslosenversicherung ausgewirkt. Die Regierung selbst hat sich, daß die Lohnsumme um sehr viel mehr gefallen ist, als man angenommen hatte. Auf 1 Prozent Beitragsleistung im Vorjahr sind nur noch 290 Millionen Mark für die Arbeitslosenversicherung zufließen, bei den 215 Millionen Mark, während so die Einnahmen stark gefallen sind, sind auf der anderen Seite durch das Anwohnen der Arbeitslosigkeit die Ausgaben weiter angewachsen.

Das Defizit bei der Arbeitslosenversicherung beträgt rund 350 Millionen Mark, bei der Krisenfürsorge 240 Millionen Mark. Die Beiträge sind um über 500 Millionen Mark zurückgegangen. Die neue Notverordnung bringt nun neben Leistungsstörungen weitere Einschränkungen der Arbeitslosenversicherung. Sie stellt eine dritte Novelle des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung vor. Nach der Durchführung der Bestimmungen der neuen Notverordnung wird die Arbeitslosenversicherung nur noch ein Mittelglied zwischen Versicherung und allgemeiner Fürsorge sein. Von den 4,5 Millionen Arbeitslosen werden dann nur noch 30 Prozent Arbeitslosenunterstützung ohne Bedürftigkeitsprüfung auf 26 Wochen beziehen, 60 Prozent werden in der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege unterstellt oder, soweit es sich um fluktuierende Arbeitslose handelt, überhaupt nicht, etwa 10 Prozent bekommen Arbeitslosenunterstützung nach Bedürftigkeitsprüfung (verheiratete Frauen) oder verfürzt und für kürzere Dauer (Saisonarbeiter). Die Reichsregierung gesteht zu, daß sie die Sanierung der Arbeitslosenversicherung von der finanziellen Seite her nicht in Angriff genommen habe, weil sie befürchtete, daß an einer neuen Beitragsherabsetzung die gegenwärtige Regierungskombination ebenso auseinanderbrechen sei, wie seinerzeit die Regierung Müller an einem halben Prozent Beitragsherabsetzung.

Die Einschränkungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung auf Grund der neuen Notverordnung sind die folgenden:

Die Unterhaltungen werden in allen Lohnklassen durch eine fünfprozentige Kürzung des Einheitslohnes gesenkt.

Arbeitslose mit berufsbühlicher Arbeitslosigkeit erhalten versicherungsmäßige Unterstützung nur auf die Dauer von 20 Wochen und nur in Höhe der Höhe der Höhe der Krisenfürsorge.

Die Wartezeiten werden allgemein verlängert, die Pflicht zur Arbeitsaufnahme verschärft und die Wartezeiten, die Unterhaltungen von einer Arbeitslosigkeit abhängig zu machen, erweitert.

Jugendliche bis zu 21 Jahren, ebenso Ehefrauen, erhalten Arbeitslosenunterstützung nur dann, wenn ihr Unterhalt nicht auf sonstige Weise gesichert ist.

Gegen eine Abwanderung Arbeitsloser in die Großstädte werden Maßnahmen getroffen.

Die besonderen Maßnahmen für arbeitslose Angehörige des Tabakgewerbes werden eingestrichelt.

Harte, sehr harte Maßnahmen als Folge einer Politik, für die die Vertreter der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung die Verantwortung tragen.

### Die Krisenfürsorge

Weitere Einschränkungen werden in der Krisenfürsorge nicht vorgenommen. Soweit in der Krisenfürsorge ein Fehlbetrag bleibt, wird das Reich aus dem Aufkommen der Krisensteuer Zuschüsse leisten.

Eine Zusammenlegung der Krisenfürsorge mit der Wohlfahrtspflege, also die Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge, wird in der Notverordnung nicht durchgeführt.

### Sozialversicherung

Der Reichs-Knappschaft wird auferlegt, spätestens mit Wirkung vom 1. Juni 1931 ab durch die Senkung der Leistungen der Rentensätze zu mindern. Im übrigen tritt das Reich zur Aufrechterhaltung der Rentenversicherung mit rund 70 Millionen ein.

In Verbindung mit der Sanierung der Invalidenversicherung wird die Reichsregierung im kommenden Winter dem Reichstag eine organisierte Vereinfachungs- und Reformvorlage der Sozialversicherungen vorlegen. Die Notverordnung enthält zunächst lediglich eine Verjährung des Aufschlagsrechts über die Versicherungsbeiträge.

### Reichsversicherung

Die Abstriche, die im Verordnungssetz vorgenommen werden, belaufen sich bis zum Ende des Etatsjahres 1931 auf rund 85 Millionen Mark. Schematische Rentenkürzungen werden nicht vorgenommen. Im wesentlichen leben die Bestimmungen der Wegfall einer Kinderzulage für Leichtbeschädigte, eine gestaffelte Kürzung der Ortszulagen und eine Verschärfung der sogenannten Ruhevorschriften vor, falls neben der Rente noch ein Einkommen aus öffentlichen Mitteln bezogen wird. Diese Kürzungen gelten aber nicht für die völlig erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten. Außerdem werden bei den Einzelrats die laufenden Ausgaben, die gegen 1930 bereits um 300 Millionen herabgesetzt waren, um weitere 120 Millionen gekürzt.

### Kriegsschädenverfahren

Zur Sicherung des Haushalts ist eine beschleunigte Beendigung des Entschädigungsverfahrens für Kriegsschäden durch Festsetzung einer Ausschlussfrist für Neuanmeldungen vorgehoben.

### Die Krisensteuer

Zur Deckung des Fehlbetrages in der Krisenfürsorge und zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms wird die sogenannte Krisensteuer eingeführt. Alle Volksgenossen werden damit zur Milderung der in Gestalt der Arbeitslosigkeit über das Land hereinbrechenden Katastrophe herangezogen. Die Reichsregierung hat dabei die notwendigen Maßnahmen nicht auf die Arbeitslosenempfänger beschränkt, sondern auch den übrigen Berufsständen, einschließlich der Gewerbetreibenden, nicht vorübergehend lassen. Die ganze Maßnahme soll für 1 1/2 Jahre für die Zeit vom Juli 1931 bis zum 31. Dezember 1932 gelten. Die Krisensteuer soll insgesamt 775 Millionen bringen, von denen 385 Millionen auf das Rechnungsjahr 1931 fallen. Die Regierung ist ermächtigt, die Krisensteuer bereits im Jahre 1932 aufzuheben oder abzumildern.

Die Krisensteuer alldert sich in einer Steuerabgabe vom Arbeitslohn sowie eine Steuer der veranlagten Einkommensteuerpflichtigen. Sie beträgt bei einem Monatsarbeitslohn bis zu 300 Mark monatlich 1 Prozent des Bruttoarbeitslohnes, steigt dann in Stufen von je 1/2 Prozent für jede weiteren 100 Mark monatlich bis zu 700 Mark monatlich auf 3 Prozent, bei einem Arbeitslohn zwischen 700 und 1000 Mark 3,5 Prozent, zwischen 1000 und 1500 Mark 4 Prozent, zwischen 1500 und 3000 Mark 5 Prozent. Die Krisen-

steuer wird vom Bruttoarbeitslohn erhoben, irgendwelche Abzüge dürfen nicht gemacht werden.

Der Tarif für die veranlagten Einkommen beträgt: Bis 3600 Mark jährlich 9,75 Prozent, zwischen 3600 bis 6000 Mark 1 Prozent, von 6000 bis 20 000 Mark 1,5 Prozent, von 20 000 bis 100 000 Mark 2 Prozent, von 100 000 bis 250 000 Mark 2,5 Prozent, von 250 000 bis 500 000 Mark 3 Prozent, von 500 000 bis 1 Million Mark 3,5 Prozent, über 1 Million Mark 4 Prozent.

Landwirte bis zu 6000 Mark Einkommen sind von der Krisensteuer befreit. Bei veranlagten Gebaltsempfängern, die über 8000 Mark Einkommen als Gehalt haben, tritt zur Krisenlohnsteuer die veranlagte Einkommensteuer hinzu; hier tritt eine doppelte Veranschlagung ein. Gebaltseinkommen bis zu 16 000 Mark jährlich sind jedoch von der doppelten Belastung ausgenommen.

Die Krisensteuer der Veranlagten wird in halbjährlichen Vorauszahlungen am 10. Oktober 1931, 10. März und 10. Oktober 1932 erhoben.

### Die Wohlfahrtslasten der Gemeinden

Der Fehlbetrag der Gemeinden wird auf etwa 850 Millionen Mark geschätzt. Der Ausgleich soll erfolgen: durch Aufhebung der Lohnsteuererstattungen, und zwar erstmals für das Kalenderjahr 1931; ein weiterer Betrag zur Deckung der Wohlfahrtslasten fällt den Gemeinden durch die Erparungen zu, die sie durch die Kürzung der Gehälter ihrer Beamten und Angestellten erzielen; ferner sollen die Länder die Erparungen, die sie durch die Kürzung der Gehälter der Landesbeamten erzielen, grundsätzlich denselben Zwecken zuwenden. Der Ausgleichsbeitrag von 110 Millionen Mark für besonders wohlfahrtsbelastete Gemeinden, der durch die Realsteuerentlastung entstanden ist, soll ebenfalls zur Deckung des Fehlbetrages dienen.

Die Verordnung stellt ferner einige allgemeine Grundzüge über Umfang und Mittel der Staatsaufsicht der Länder über die Gemeinden fest, um den Ländern einen geordneten Rückhalt für die Durchführung der Staatsaufsicht zu geben.

### Wohnungswirtschaft

Auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft trifft die Verordnung Maßnahmen, um bei der zurückgehenden Beschäftigungsmöglichkeit in den Städten den Einzug der Wohnungsbaupolitik zu einem beträchtlichen Teil einer selbstbewußten Aufhebung nutzbar zu machen und dadurch gleichzeitig die Arbeitslosigkeit im Bauwesen im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu erhalten. Die Reichsregierung beabsichtigt, die Reichsbauämter für die Befolgung zur Unterstützung des Bauamtes in weitestgehendem Umfang einzusetzen. Ferner soll von einer Ermäßigung der Hauszinssteuer insofern abzusehen werden, als der Hauptzinsnehmer die für die höhere Veranlagung erforderlichen Mittel aus den ihm in der gesetzl. Miete aufliegenden Beträgen zu befreien hat. Diese Regelung soll schon mit Wirkung vom 1. Januar 1932 an gelten.

### Sonstige Steuer- und Zollmaßnahmen

Bei der Tabaksteuer ist eine Ermächtigung neu eingeführt, die über den Weg eines Ausgleichs der Abgabenbelastung, die Befreiung von billigeren Zigaretten in größerem Umfang ermächtigt. Für die Befreiung der anderen Tabakerzeugnisse tritt keine Veränderung ein.

Durch die letzte Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 ist das Steuervereinfachungsgesetz eingeführt. Das reichsrechtliche Rahmenvorhaben für die Gewerbe- und Grundsteuer vorlag. Dies hat zu einem Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung geführt. Das Reich hat sich mit Bayern jetzt dahin geeinigt, daß in dieser Notverordnung nunmehr vorgehoben wird, die Mehrgaben für Gewerbebeiträge unter 15 000 Mark anders als reichsrechtlich vorzugehen.

Auf dem Gebiete der Zollpolitik ist eine Ermächtigung zur Befreiung der Stiefelzölle vorgehoben.

Auf der Einnahmeite wird die Zucksteuer auf 21 Mark je 100 Kilo herabgesetzt, woraus eine Mehreinnahme von 110 Millionen im laufenden Etatsjahr erwartet wird. Ferner werden die Zölle für Mineralöle von 10 auf 17 Mark je Doppeltonnen herabgesetzt. Hieraus soll eine Mehreinnahme von 75 Millionen entstehen. Ferner ist beabsichtigt, vom 1. Oktober 1931 ab zur monatlichen Zahlung der Umsatzsteuer zurückzuführen, so daß auf das laufende Rechnungsjahr ein Mehraufkommen von zwei Millionen entfällt. Die Mehreinnahme für das Reich würde sich hierdurch auf 80 Millionen für die Länder auf 35 Millionen belaufen.

Zur Verminderung der Zunahme der Verschuldung des außerordentlichen Haushalts werden auf zwei Jahre außerordentliche Ausgaben in den ordentlichen Haushalt eingestellt. Der außerordentliche Haushalt wird also damit auf zwei Jahre befristet.

### Arbeitszeitverkürzung

Eine allgemeine Einführung der 40-Stundenwoche oder auch nur eine Einführung in neuwertigen Umfang ist in der Notverordnung nicht enthalten. Sie enthält lediglich die Ermächtigung für die Reichsregierung, mit Zustimmung des Reichstages, für einzelne Gewerbebetriebe, Verwaltungen oder Gruppen von Arbeitnehmern die regelmäßige Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen.

# Das Kommuniqué über Chequers

## Brüning und Curtius bei Macdonald

WTB. London, 7. Juni Folgendes ist der Wortlaut des heute hier ausgegebenen gemeinsamen Kommuniqués über die Besprechungen von Chequers. Während des Wochens haben der Reichskanzler und der Reichsaußenminister ihren Besuch in Chequers abgefaßt. Von englischen Ministern waren abwesend der Premierminister, der Außenminister und der Handelsminister.

Bei Gelegenheit dieser zwanglosen Zusammenkunft (zu der sich noch einige weitere Herren gestellt) wurde in freundschaftlicher Weise die Lage erörtert, in welcher sich das Deutsche Reich und andere Industriestaaten im gegenwärtigen Augenblick befinden.

Die deutschen Minister betonten mit besonderem Nachdruck die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage in Deutschland und die Notwendigkeit der Schaffung von Erleichterungen.

Die englischen Minister ihrerseits wiesen auf den internationalen Charakter der derzeitigen Krise und ihre besonderen Rückwirkungen auf England hin. Weidert sich herrsche Uebereinstimmung darüber, daß neben den Maßnahmen, die jedes einzelne Land für sich zu ergreifen hätte, die Wiederherstellung des Vertrauens und die wirtschaftliche Wiederbelebung von internationaler Zusammenarbeit abhängig seien. In diesem Sinne werden beide Regierungen sich bemühen, die gegenwärtige Krise in enger Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Regierungen zu bekämpfen.

### Interview des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. Brüning hat den Londoner Havas-Vertreter empfangen und ihm folgende Erklärung abgegeben: Wir be-

tonen, daß unsere Anwesenheit in England keineswegs gegen Frankreich gerichtet ist. Unser Ziel ist, uns mit den Vertretern der englischen Regierung über die Schwierigkeiten zu unterhalten, die in der ganzen Welt vorhanden sind und eine große Gefahr für die Existenz der industriellen, landwirtschaftlichen und der Arbeitertreue darstellen. Es versteht sich von selbst, daß wir namentlich über die Schwierigkeiten sprechen werden, die wir in Deutschland hinsichtlich unseres Budgetausgleichs und unseres Wirtschaftslebens haben.

### Curtius über die Besprechungen

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius empfing nach seiner Rückkehr von Chequers die Vertreter der deutschen Presse, denen er u. a. erklärte: Wie Sie aus dem Kommuniqué erfahren, hat im Vordergrund der Aussprache die Lage Deutschlands und die allgemeine Krise gestanden. Die Herren, insbesondere der Herr Reichskanzler, waren in der Lage, eingehend die finanziellen Verhältnisse Deutschlands, die innere und äußere Lage, die Notwendigkeit von Erleichterungen in aller Offenheit zu besprechen und haben freundliches Verständnis gefunden. Einzelheiten mitzuteilen verbietet die Vertraulichkeit und Freundschaftlichkeit der Aussprache. Wir sind übereingekommen, daß neben den Maßnahmen, die jedes Land für sich zu treffen hat, ein internationales Zusammenwirken erforderlich ist. Darauf stellen sich beide Teile ein. Wir haben die Verpflichtung, alles in Bewegung zu setzen, um der gegenwärtigen Krise Herr zu werden. Der Minister erwähnte noch, daß die Anwesenheit des Gouverneurs der Bank von England, des händigen Unterstaatssekretärs des Foreign Office Sanftlitt und des englischen Finanzminister Macdonalds bei dem heutigen Frühstück bei Chequers von besonderem Wert gewesen sei. Ferner äußerte der Minister, die Besprechungen haben im wesentlichen der Wirtschaftskrise gegolten. Andere Probleme, wie z. B. das der Abrüstung, wurden gestreift.

### Naturchutzgebiet für Notverordnung

Wo bleibt die Kürzung der hohen Pensionen?  
Im Entwurf der neuen Notverordnung war ursprünglich eine Bestimmung über die Kürzung hoher Pensionen enthalten. Die Notverordnung enthält diese Bestimmung nicht, da sie unzulässig verfassungswidrig sein würde. Das Reichsfinanzministerium wird nunmehr per eingeschriebenen Brief die Empfänger hoher Pensionen auffordern, freiwillig auf einen Teil ihrer Bezüge zu verzichten.

Die Ministergehälter sind durch die Notverordnung um einen weiteren beträchtlichen Teil gekürzt worden. An die hohen Pensionäre traut man sich anscheinend nicht heran. Sie zählen ja meist zu den Anhängern des alten Regimes, und das ist „Naturchutzgebiet“.

### Kellertag am 10. Juni

Sozialdemokratische Fraktion am 12. Juni.  
Berlin, 8. Juni. (Funkdienst.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Vorstand des DGB, werden sich am Donnerstag in einer gemeinsamen Sitzung insbesondere mit den sozialen Bestimmungen der neuen Notverordnung beschäftigen.  
Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt am kommenden Mittwoch, vormittags 10 Uhr zusammen. Die Fraktion am Freitag, den 12. d. M., den 10. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr einberufen. Auf der Tagesordnung stehen die Entwürfe der Kommunisten und der Sozialisten zur Einberufung des Reichstags.

Franszösische Blätter zum Aufbruch der Reichsregierung  
Das Manifest der Reichsregierung an das deutsche Volk sowie die in gleicher Zeit veröffentlichte Notverordnung werden in Frankreich vom Temps und vom Journal des Débats, wie nicht anders zu erwarten war, zum Gegenstand von Betrachtungen gemacht, die zeigen, daß bei ihnen keineswegs die Absicht besteht, sich über die Lage in Deutschland klar zu werden. Der Temps erklärt, die wichtigsten Punkte des deutschen Budgets bleiben in mehr als nachdrücklicher Weise hoch. Anders beurteilt der linksstehende Soir die Lage. Wohl oder übel werde man die Reparationsfrage und die interalliierten Schuldverhältnisse erörtern müssen.

### Freistaat Baden Hohe Politik im Gerichtssaal

Auf einen Strafantrag von Reichsminister Dr. Wirth hatte sich das große Schöffengericht in Freiburg mit einer zivilistischen Rechtsfrage zu befassen. Unter der Anklage, den Reichsminister Dr. Wirth in einer von der nationalsozialistischen Partei einberufenen öffentlichen Versammlung in Neustadt i. Schwarzw. beleidigt zu haben, war der Reichsminister Friedrich Plätner aus Karlsruhe vor Gericht gestellt. Dr. Wirth hatte als Redner in der am 10. März 1930 stattgefundenen Versammlung über Minister Dr. Wirths abfällige Äußerungen geäußert, indem er von ihm als „Jofel mit dem Heiligenstein“ und „Leibhausminister“ sprach, weiter wird er beschuldigt, bedauert zu haben, Dr. Wirth habe auf der Haager Konferenz im Januar und 1930 den deutschen Interessen verträglich sumidihergehandelt und zwar deshalb, weil er, im Gegensatz zum englischen Schatzkanzler Snowden, Frankreich das Recht zuerkannt hätte, zur Geltung seiner Reparationsansprüche, ohne Zustimmung der übrigen Vertragsmächte, erneut deutsche Gebiete in Anspruch zu nehmen.

Zu Beginn der Verhandlung beantragte der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Eimer, die Ablehnung des einen Schöffen, des sozialdemokratischen Stadtrats Maier (Freiburg), wegen Befangenheit. Der Antrag wurde vom Vorsitzenden als nicht sachdienlich abgelehnt; er bezog sich dabei auf eine Entscheidung des Reichsgerichts, monach eine Ablehnung nur für gerechtfertigt erachtet, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, die erkennen lassen, daß der Schöffe nicht unparteiisch seines Amtes walde. Bei seiner Vernehmung bestritt es der Angeklagte nicht, die Ausdrücke „Jofel mit dem Heiligenstein“ und „Leibhausminister“ gebraucht zu haben, über den Minister Dr. Wirth gemachten Vorwurf des Landesverrats gibt er eine abgemessene Darstellung.

Er sei nach den Berichten der Reichspressen über die Haager Konferenz zu der Auffassung gekommen, das Verhalten des Ministers Dr. Wirth bei Beratung der Sanctionsklausel sei gleichbedeutend mit Landesverrat, er habe nicht gesagt, Dr. Wirth ist ein Landesverräter. Auch Dr. Schacht vertrete in seinem Buch „Das Ende der Reparationen“ ähnliche Gedankenansätze.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Angeklagte den Währungsbeweis für seine Äußerungen gegenüber Dr. Wirth zu erbringen in der Lage sei, erwidert dessen Verteidiger, er stelle sich auf den Standpunkt, daß der Angeklagte in Verbindung mit der Sache Interessen habe; falls man ihm das nicht zugebe, beantrage er die Vertagung der Verhandlung, um Minister Wirth und Schacht als Zeugen zu vernahmen.

Der Vorsitzende bemerkte zu dem Antrag, zur Vernehmung eines Ministers sei die Zustimmung des gesamten Reichskabinetts erforderlich. Er habe sich übrigens zum Zwecke der Information mit einem Schreiben an Dr. Wirth gewandt und von diesem die Rückantwort bekommen, die von dem Angeklagten behauptete Darstellung wäre völlig unrichtig. Er (Dr. Wirth) habe sich im Haag vielmehr mit aller Energie dafür eingesetzt, daß bei allen künftigen Reparationsanforderungen eine erneute Besetzung Deutschlands ausgeschlossen werde. Erster Staatsanwalt Dr. Ferdinand widerpricht dem Vertagungsantrag. Es sei vollständig ausgeschlossen, daß ein deutscher Minister in einer so wichtigen Frage die Interessen Deutschlands vernachlässige.

Der Gerichtshof zog sich zur Beratung zurück, nach etwa einwöchiger Dauer verordnete Vorsitzender, Amtsgerichtsdirektor Höhl, daß die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt werde, um Reichsminister Dr. Wirth — vorbehaltlich der Zustimmung des Reichskabinetts — Gelegenheit zu geben, über sein Verhalten auf der Haager Konferenz selbst Auskunft zu erteilen. Eine Vernehmung Dr. Schachts als Zeugen wird einer weiteren Entscheidung vorbehalten.

### Leutnant Ludin entlassen

Wie die nationalsozialistische Presse mitteilt, ist der im Leipziger Schöffengericht verurteilte Leutnant Ludin aus der Wehrmacht in Kraft entlassen worden.  
Wehrmacht. dazu noch meldet, hatte Ludin vor einiger Zeit ein Gesundheitszeugnis an den Reichspräsidenten gerichtet.

### Unverantwortliche Gerüchtmacherei

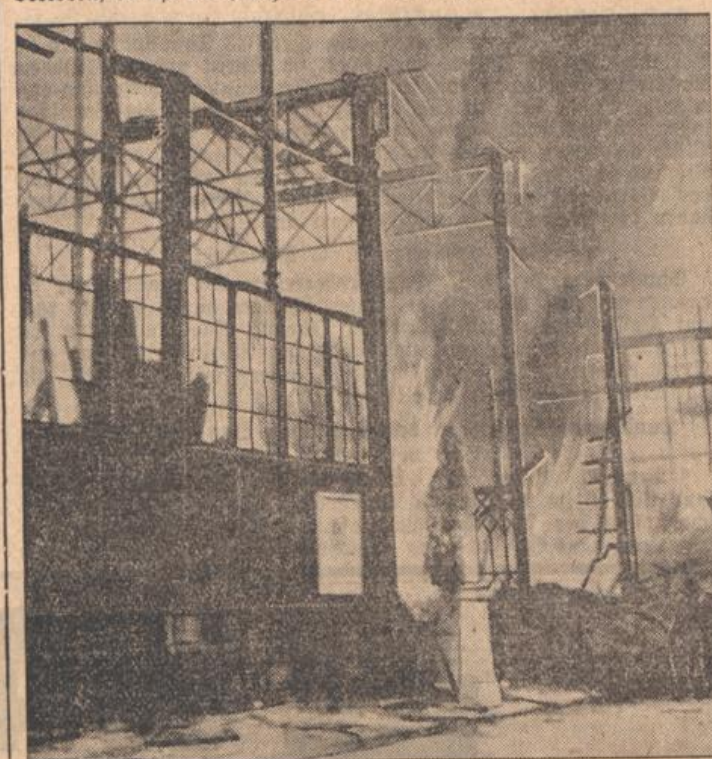
D. meldet aus Schwenningen: Am Dienstag und Mittwoch waren hier und in der Umgebung Gerüchte verbreitet worden, wonach auf Grund der kommenden Notverordnung die Sparassenscutgaben um 40 Prozent gekürzt würden. Die Folge davon war, daß die Schwenninger Sparkasse am Mittwoch über 80 000 Sparanelder zurückzahlen mußte. Auch die Wilsinger Sparkasse hatte unter diesen sinnlosen Gerüchten zu leiden. Durch entsprechende Klärung wurden die Sparveranlasser, ihre Sparaufhaben wieder zur Einzahlung zu bringen, so daß Schwierigkeiten nicht zu befürchten sind.

### Erdbeben in England

London, 7. Juni. In London und anderen Teilen des Landes wurde heute nacht gegen 1,30 Uhr ein Erdbeben verspürt, das die höheren Gebäude ins Wanken brachte. Am heftigsten war der Stoß in Norfolk, wo einige Personen aus den Betten geworfen wurden. An verschiedenen Stellen war das Beben von einem lauten Poltern und Geräusch begleitet.

### Der Kiefernbrand in Münchener Glaspalast

München, 6. Juni. Ingesamt waren in der diesjährigen Kunstausstellung im niederbrannten Glaspalast 2890 Werke der Malerei, Graphik und Plastik ausgestellt. Davon konnten lediglich 50 bis 60 gerettet werden und auch diese nur wahllos. Die unerfessliche Sonderchau der Romantiker ist völlig vernichtet. Der größte Teil des Lebenswerkes von Runo Anek, des bekannten schwedischen Malers, der allein mit 40 Werken auf der Ausstellung vertreten war, ist dem Plamen restlos zum Opfer gefallen. Eines der schönsten Bilder von Moris von Schwind „Ritter Kurts Brautfahrt“ ist ebenfalls verloren, ebenso die prächtige Winterlandschaft von Kaspar David Friedrich sowie Philipp Otto Runes „Damenbildnis“. Auch Werke Karlsruher Künstler gingen verloren. Die Versicherungsfrage ist noch nicht geklärt. Abgesehen von dem materiellen Schaden ist der ideelle, der in dem Verlust unerfesslicher Werke liegt, so ungeheuer, daß man von einer der größten Katastrophen der deutschen Kunst sprechen kann.



Der brennende Glaspalast

Im Kultusministerium fand eine Besprechung über den Brand des Glaspalastes statt. Es wurde beschlossen, sofort eine Hilfsaktion durch öffentlichen Aufruf an das ganze deutsche Volk einzuleiten. Ferner wurde vereinbart, eine Erntehausstellung in der Neuen Pinakothek zu veranstalten.  
Die Feuerwehr hat bei dem Brand zwei Verletzte zu verzeichnen. Einem von ihnen wurden durch einen herabfallenden Eisenbalken die Beine von den Füßen abgetrennt. Dichte Menschenmassen umlagern die Brandstätte.  
Nach den an Ort und Stelle eingeholten Informationen dürfte Brandstiftung als Ursache der Katastrophe anzunehmen sein. Doch läßt sich hierüber noch nichts Gewisses sagen.

Die Verlastliste zählt u. a. vier Stücke von Karl Blechen, gleichfalls vier Werke von Karl Gustav Larus, sowie von Peter von Cornelius, neun Nummern Kaspar David Friedrichs, drei besonders wertvolle Stücke, die sehr seltenen Philipp Otto Runes, neun Werke Josef Anton Rodos, sechs Werke Moris von Schwinds, vier Adrian Ludwig Richters, vier Karl Rottmanns und vieles Unerfessliche von Ernst Fries, Julius Dösch, Dierbeck, Olivier, Friedrich Wasmann u. a.  
Ein besonders schweren Verlust bedeuten sieben, wahrscheinlich zurunde gesangene, aus Amsterdamer Besitz nach München vertriebene Bildhauerwerke von Auguste Rodin. Es befanden sich darunter weltbekannte Stücke, wie die Statue des Adam, das eiserne Zeitalter, der Mann mit zerbrochener Nase und die Büsten Gustav Mahlers und Falbieres. An internationalen Werken der Bildhauerkunst gingen ferner verloren zwei Büsten von Aristide Maillol, darunter das Renoit-Porträt. Max Piebemann war an der Ausstellung mit drei, Kolschka mit zwei, Franz Siedendorfs Berlin mit einer größeren Anzahl von Gemälden beteiligt.

### Blutige Zusammenstöße

Cheumnitz, 8. Juni. (Funkdienst.) In Cheumnitz kam es am Sonntag morgen zwischen 4 und 6 Uhr anlässlich eines Gausanges der sächsischen Nationalsozialisten zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern Hitlers und Kommunisten. Zwei Nationalsozialisten wurden getötet und zehn zum Teil außerordentlich schwer verletzt. Sechs davon mußten sofort in ein Krankenhaus geschafft werden.

Cheumnitz, 8. Juni. (Funkdienst.) Von den Nationalsozialisten, die an der blutigen Auseinandersetzung beteiligt waren, ist bisher noch niemand verhaftet worden. Dagegen werden zur Zeit noch 72 Kommunisten in Haft gehalten. Der Sturm auf das Gebäude der kommunistischen Buchhandlung wurde von 500 Angehörigen der nationalsozialistischen Schutzstaffeln durchgeführt. Ehe sie in das Haus eindringen, erbrachen sie die Eingangstür. Die tödlichen Schüsse auf die Nationalsozialisten wurden nach Beendigung der Schlacht abgegeben.

## Sozialpolitik und Parteitag

### Sanierung der Invaliden- und Unfallversicherung dringend

Der sozialdemokratische Parteitag nahm bei seiner Leipziger Tagung den folgenden Antrag der Sozialpolitischen Kommission zum Bericht der Reichstagsfraktion an:

Der Parteitag stellt fest, daß die anhaltende Wirtschaftskrise in der Invaliden- und Unfallversicherung eine Verschlechterung der Finanzverhältnisse herbeigeführt hat, die der Sozialreaktion ein erwünschter Anlaß zu sein scheint, um einen Abbau der Leistungen zu erzwingen zu können. In der Unfallversicherung, die keinerlei Reichszuschuß bekommt, eracben sich aus der Verringerung der Belegschaften höhere Umlageeätze, die den Anlaß zur Kürzung der kleinen Renten und der Ausgliederung von Kosten im Reichsmittelverfahren bieten sollen, obwohl das Unternehmertum in seinen Beiträgen zur Unfallversicherung eine Erleichterung für seine allgemeine Haftpflicht und Schadenersatzpflicht finanziert. In der Unfallversicherung, verändertes Altersaufbau und nicht erzielte Inflationsverluste in Verbindung mit entzogenen Reichszuschüssen und vermehrten Fürtörgeclaffen des Eintrittes der finanziellen Notlage beklagt.

Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie Angriffe der Unternehmung auf die Leistungen der beiden Versicherungen zurückweist und für eine reichzeitige und ausreichende Sanierung eintritt. In der Unfallversicherung ist die Einführung einer Gemeinnutz für alle Träger der Berufsausübung und die Erloarnis an Verwaltungsstellen anzustreben, die heute 10,07 Prozent der Gesamtausgaben betragen. Ebenso sind die Ausdehnung des Geltungsbereichs und die Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geclendet, die Tragfähigkeit der Unfallversicherung zu stärken.

In der Unfallversicherung der Beitragsaufkommens insbesondere auch durch Ausfaltung weiterer Beitragsklassen und Reichszuschüsse, Gegenüber dem Verlangen auf Rentenrückzahlung verweist der Parteitag auf die Tatsache, daß heute die Durchschnittssätze der Renten nur 36 % monatlich betragen und 30 Prozent der Invalidenrentner die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen müssen. Der Verzicht, in der Unfall- und Invalidenversicherung Erparnisse auf Kosten der Rentner machen zu wollen, müßte zur weiteren Belastung der gemeindlichen Wohlfahrt führen.

Der Parteitag hält die Sanierung der Invalidenversicherung um so dringlicher, als sie die Voraussetzung für den längst notwendig gewordenen Ausbau der Versicherungsleistungen ist.

Der Parteitag fordert für die gesamte Sozialversicherung die Schaffung unabhängiger Selbstverwaltungsvorrichtungen unter maßgeblicher Mitwirkung der Versicherten.

### Die Finanznot der Gemeinden

Bisher hat die Reichsregierung lediglich versucht, die Reichsfinanzen zu sanieren und hat dabei den Gemeinden neue Lasten auferlegt. Eine solche Politik ist im Interesse des Volkes ganz untragbar. Das Reich hat die Pflicht, auch an der finanziellen Sicherstellung der Gemeinden mitzumirken.

Der Verzicht, durch die Bürgersteuer den Gemeinden zu helfen, hat sich — ganz abgesehen von ihrem unsozialen Charakter — als unzulänglich erwiesen. Die Bürgersteuer belastet die minderbemittelten Volksschichten aufs schwerste; ihre Anwendung muß schon deshalb eine natürliche Begrenzung finden.

Der Parteitag begrüßt den Gesetzentwurf der sozialistischen Reichstagsfraktion über die Arbeitslosenfürsorge, der eine Zusammenfassung der Arbeitslosenfürsorge und der Wohlfahrtsverbandslosenfürsorge und eine andere Lastenverteilung vorseht. Er erlucht die Fraktion, unverzüglich bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß im Sinne dieses Gesetzentwurfes baldmöglichst Maßnahmen getroffen werden, die den Gemeinden die Möglichkeit geben, ihre Aufgaben auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge zu erfüllen und sie vor dem finanziellen Zusammenbruch zu schützen.

### Sozialdemokratie und Frauenbewegung

Aus dem Bericht der Genossin Zuchacz über die Frauenbewegung an den sozialdemokratischen Parteitag sind folgende Mitteilungen bemerkenswert: Die Frauenbewegung wächst. Sie ist auch vielseitiger geworden und hat sich vertieft. Wachsender Veranlassungsbezug zeigt das wachsende Interesse der Frauen an den politischen Tagesfragen. Für die Schulung der Anfängerinnen haben Parteivorstand und Bezirksvorstände besonders viel getan. Eine besonders wertvolle Schulungsarbeit leistet die Arbeiterwohlfahrt, die besonders die Geistes- und Vermittlungsanstalten der Frauen vergrößert. Die 41 Schülerinnen der Wohlfahrtschule der Partei haben die staatliche Prüfung sämtlich mit Erfolg bestanden. In den Kampf gegen den Faschismus sind auch die Frauen mit Begeisterung eingetreten. (Beifall.) Den Antrag Berlin, der eine besonders starke Trennungslinie gegen den Staatsbürgerinnenverband und die „Frauenliga für Friede und Freiheit“ ziehen will, bitte ich abzulehnen. Es gibt noch mindestens 20 andere derartige Organisationen, und der Parteitag kann unmöglich über jede einzelne ein Urteil fällen. Außerdem können wir den Genossinnen nicht verbieten, was den Genossen erlaubt ist. Politisches Verständnis und positiver Takt müssen hier die Entscheidung im einzelnen Fall treffen.

### Sozialistische Bildungsarbeit

Dem Bericht des Genossen Schulz über die Bildungseinrichtungen der Partei ist zu entnehmen: Der Abbau hat sich mit seiner harten Hand auf unser Bildungs- und Kulturleben gelegt; aber er hat sich dabei noch eine mohlende Zurückhaltung auferlegt. Der Antrag auf Einrichtung einer Reichsparteischule ist dem Parteivorstand zu überweisen. Im Laufe dieses Jahres werden wir ihn allerdings noch nicht verwirklichen können. In immer größerer Nähe gillt der Film auch als Bildungsmittel für die Parteigenossen. In den Vordergrund der sozialistischen Bildungsarbeit ist jetzt auch der Rundfunk getreten. Wir haben die Pflicht, aus politischen und kulturellen Gründen, dieser Steigerung unbegrenzter Möglichkeiten die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Von dem Kulturtag in Frankfurt ist neue Arbeitermusik auf fast allen Sendern in Deutschland gebracht worden. Ebenso erfreulich ist die Uebernahme von Musikern auf fast allen Sendern Deutschlands, ferner die Veruche, neue Formen kulturell gehobener Geselligkeit zu schaffen. Anzunehmen bitte ich den Antrag auf Schaffung einer sozialistischen Hochschulgemeinschaft. Ich verspreche mir davon eine große Wirkung auf den studentischen Nachwuchs. Ebenso bitte ich den Antrag, der die Zusammenfassung der besonderen Berufsgruppen, wie der Lehrer, Richter und Ärzte, und auch die neu zu schaffende Hochschulgemeinschaft zur zweckmäßigen Zusammenarbeit zusammenführen wird. Im September d. Js. sind es 25 Jahre her, daß der Mannheimer Parteitag den Zentralbildungsausschuh der Partei eingesetzt hat. Wir wollen bei dieser Gelegenheit demonstrieren in einer Veranstaltung für Kunst und Bildung im sozialistischen Sinne. (Bravo!)

Der Parteitag hat auf Antrag von Parteivorstand und Parteiausshuh Richtlinien für die Zusammenfassung der sozialdemokratischen Arbeitskreise angenommen: Zur Herbeiführung größerer organisatorischer Einheitlichkeit und sachgemäher Mitarbeit in der Partei und zur wirksameren Werbung wird der Reichsausshuh für sozialistische Bildungsarbeit die Arbeitsgemeinschaften der sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen, Ärzte, Juristen, die Sozialistische Hochschulgemeinschaft und ähnliche Arbeitskreise in geeigneter Weise in sein Arbeitsgebiet einbeziehen.

### Gautag des Reichsbundes

In Baden-Baden fanden sich letzten Samstag und Sonntag die Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbefähigten, Gau Baden, zu ihrem Gautag zusammen. Vorweg sei gesagt, daß die Tagung einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Neben der Berichterstattung und Beratung rein organisatorischer Angelegenheiten nahm die Versammlung u. a. ein Referat von Generalleutnant a. D. v. Deimling über: „Luftkrieg und Abrüstung“ entgegen. Redner wandte sich gegen einen neuen Krieg und schloß mit der Forderung: Krieg dem Kriege, vorwärts zu neuen Menschheitszielen.“

Wir werden über die Tagung noch näher berichten.

### Gewerkschaftliches

#### Vernünftiges Urteil über den Angestelltenabbau

Bei den diesjährigen Verhandlungen des Provinziallandtages der Rheinprovinz machte der Landesbauhauptmann Dr. Horian in seiner Etabrede bemerkenswerte Ausführungen über den Personalabbau. Er laute nach Mitteilung des D. V. u. a. folgendes:

„Der gegenüber dem laufenden Haushaltsplan noch verbleibende Einnahmeausfall in Höhe von 3.800.000 RM. wurde durch Senkung der Ausgaben in allen Haushaltsplänen ausgeglichen. Zunächst das viel erörterte Thema der Senkung der Verwaltungskosten, insbesondere des Personalabbaues. Hierbei glaube ich, daß ich mit Ihnen über einen Punkt einig bin: Der Personalabbau ist nicht Selbstzweck; Zweck ist vielmehr eine Erfüllung der Provinzialaufgaben mit möglichst wenig Kosten. Unter Umständen kann eine Verminderung des Personals bedeutende sachliche Mehrleistungen hervorgerufen. Auch muß heute bei dem Abbau von Angestellten... im Auge behalten werden, daß durch einen solchen Abbau stets nur ein Arbeitslocher mehr geschaffen wird... Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte dürfen Sie versichert sein, daß ich selbstständig in einer Nachprüfung beauftragt bin, vor allem beim Wegfall einer Beamtenstelle, ob sie wieder besetzt werden soll. Im übrigen aber kann ich, wenn Sie das Verwaltungsgebiet der Provinzialverwaltung überleben, jeder Nachprüfung darüber, ob die Provinzialverwaltung mit leitenden Beamten überlebt, mit voller Ruhe entgegensehen. Je schlechter es der Bevölkerung und der Wirtschaft geht, je weniger sie also das Geld aufbringen kann, um Beamte zu bezahlen, desto mehr Beamte sind tatsächlich nötig. Denn je schlechter es geht, desto mehr Bevölkerungsdichte, und zwar nicht nur Arbeiter, sind auf öffentliche Hilfe angewiesen und desto mehr öffentliche Hilfsmittel sind für die verschiedenen Stände werden verlangt, und zur Durchführung all dieser Maßnahmen sind Beamte notwendig.“

#### Der Textilkonflikt in Nordfrankreich

Paris, 6. Juni. In verschiedenen Orten des nordfranzösischen Textilgebietes haben am Freitag Generalversammlungen der sozialistischen Gewerkschaften stattgefunden, die sehr stark besucht waren. In der Versammlung von Rubaix wurde einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der die Arbeiter vor den Mandatären der Arbeitgeber gewarnt werden, die die Einigkeit der belgischen und französischen Arbeiter zu stören versuchten. Die Entschlieung spricht dem Streikkomitee das volle Vertrauen aus. — Nach der Versammlung fand ein Umzug durch die Straßen von Rubaix statt. Ein Großindustrieller von Rubaix hat der Arbeiterschaft mitgeteilt, daß er sich verpflichtet, die Löhne für ein Jahr nicht zu kürzen, falls die Arbeit am Montag wieder aufgenommen würde. Die Arbeiterbelegierten haben von diesem Angebot Kenntnis genommen und werden davon den Gewerkschaften berichten.

### Kleine bad. Chronik

**Große Unterschlagungen eines Sparkassenbeamten**  
Heidelberg, 6. Juni. Seit gestern ist ein Beamter der Stadt Sparkasse verschwunden, der dort seit vielen Jahren angestellt war und völliges Vertrauen genoß. Es handelt sich um den verheirateten Oberverwaltungssekretär Wilh. Klump. Bei der Revision seiner Kasse bemerkte man, daß ein größerer Betrag fehlte. Die Summe steht noch nicht genau fest, doch rechnet man mit einem Betrage von etwa 30.000 Mark. Wohin sich Klump gewandt hat, ist bisher noch unbekannt.

**Drei Verletzte durch eine Benzinexplosion**  
D. D. Heidelberg, 6. Juni. Beim Reinigen von Kleidern mit Benzin explodierte gestern in einer Wohnung der Benzinbehälter. Die Kleider von drei Personen fingen Feuer. Ein junger Mann namens Kifus wurde schwer verbrannt, während seine Braut und deren Mutter zwar erheblich, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen davontrugen. Alle drei mußten ins Städtische Krankenhaus gebracht werden.

**Die Wirbelsäule abgedrückt**  
Herbolzheim (bei Mosbach), 6. Juni Ein schwerer Arbeitsunfall ereignete sich beim hiesigen Bahnhofsneubau. Der dort beschäftigte Arbeiter Karl Schöll aus Bad Wimpfen im Tal wurde von einem unvermutet zurückschlagenden Kippwagen so unglücklich getroffen, daß ihm die Wirbelsäule zerquetscht wurde. Der Verunfallte erlitt gleichzeitig einen Schädelbruch. In seinem Aufkommen wird zweifelhaft.

**Mannheim.** Hier ertrank im Rhein am oberen Rheinufer, an dem städtischen Männerbad der sechs Jahre alte Paul Deutsch, Sohn des Fuhrmanns Peter Deutsch, Marktstraße 67 hier wohnhaft. Die Leiche konnte noch nicht gelandet werden. Deutsch machte sich mit noch mehreren Kindern an einem unter dem Lauffleg zum Bad führenden Kahn zu schaffen, fiel dabei ins Wasser und ertrank.

**Walldorf.** Auf den Spargelbeeten des Landwirts Lorenz Forns ist eine Spargelstaude im Gewicht von einem Fund gestochen worden. Der Riesenspargel soll einige Zeit ausgestellt werden.

**Baden-Baden.** (Schwerer Motorradunfall.) Bei der Fiskultur fuhr ein Motorradfahrer so unglücklich in die Kurve, daß sein Krafttrad auslitt. Der Fahrer stürzte zu Boden und trug dabei so schwere Verletzungen davon, daß er ins städt. Krankenhaus übergeführt werden mußte.

**Winstadt.** Der Maurer Michael Riedlinger von hier rutschte an seiner Arbeitsstätte in Rebl aus, stürzte zu Boden, wobei er sich seinen rechten Arm an der Schulter ausrenkte und verblutete.

**Kirchzarten.** Schwer heimgesucht wurde die Familie des Gärtners Kunz im Zinten Hüfen bei Kirchzarten. Dieser Tage ist die Frau des Gärtners nach langem Lungenleiden verschieden. Kunz selbst hat diesen Schicksalsschlag nicht erwinden können, er machte seinem Leben freiwillig ein Ende. Fünf fränke Kinder, von denen das älteste neun Jahre alt ist, bleiben zurück.

**Die junge Frau Schmitz ist rassist!**  
Stellen Sie sich vor: Erst vorgestern hatte sie sich die schön gebildete Zemanitschke gekauft, und heute schon brach das Unglück herein. Die kleine Junge — Sie wissen ja, wie ungeschickt Kinder sein können — ließ ihre Tasse um, und der gute Kaffee ergab einen gefährlichen Ruck. Sie können sich denken, Frau Schmitz war untröstlich, und die kleine Stef gedrückte umher. Bis ihr plötzlich ein Licht aufging. „Mutti“ sagte sie „wofür die Best doch mal in einer Zemanitschke.“ Ja, das Mädel hatte richtig geputzt: Sie als Best- und Zemanitschke — untröstlich!

**b. Konsten.** Die Untersuchung des Staatsanwaltes über den Brand der beiden Fahrzeughallen in der Kaserne hat ergeben, daß aller Wahrscheinlichkeit nach ein verdrögerlicher Unschluga beiteht. Für Angaben, die zur Ermittlung des Täters führen, wird eine hohe Belohnung erwirkt. — Der Verdacht der Brandstiftung hat sofort bestanden, was wir damals auch hervorgehoben haben.

**D. D. Schwehinger Spargelmarkt.** Die Zufuhren gehen langsam zurück, die Preise sieben wieder an. Zum letzten Markt wurden 35 Zentner angefahren. 1. Sorte 45—55 Pf. häufigster Preis 45 Pf., 2. Sorte 20—30 Pf., häufigster Preis 25 Pf., 3. Sorte 15 Pf. Marktverlauf: lebhaft.

**Zweite Sommerausgabe 1931 des Reichsfuhrerbuches.** Einige Tage vor dem 1. Juli erscheint die zweite Sommerausgabe des Reichsfuhrerbuches (Große Ausgabe mit den Fahrplänen nach dem neuesten Stande für die Eisenbahn, Luftverkehrs- und Dampfschiffverbindungen Deutschlands und der fremden Länder. Der Verkaufspreis beträgt wie bisher 6.50 M. Daneben ist auch weiterhin die billigere kleine Ausgabe des Reichsfuhrerbuches ohne den Auslandsenteil zum Verkaufspreis von 4.50 M. erhältlich. Den Besizern des Reichsfuhrerbuches wird das Kraftfuhrerbuch zum Vorzugspreis von 50 Pf. geliefert. Bestellungen nehmen schon jetzt alle Postanstalten, die Bahnhöfe der Reichsbahn sowie auch Buchhandlungen und Reisebüros entgegen.

**Gutes Obstjahr in Aussicht?** Die Obstblüte ist in diesem Jahre außerordentlich spät eingetreten, mindestens 14 Tage später als im Vorjahre. Da die Bäume aber überreich blühen und währenddem Nachfröste ausblieben, konnte sich der Fruchtanlaß gleichmäßig entwickeln. Er ist bei Kirichen recht zufriedenstellend, die Zweifeln lassen sich noch nicht beurteilen, die Birnbäume sind auf durch die Blüte gekommen und die Apfelbäume stehen noch in voller Blüte. Sie sind über und über mit rotweißen Blüten bedekt. Reich hat auch das Beerenobst geblüht, besonders die Johannisbeeren, dagegen haben die Stachelbeeren nicht so stark angejagt.

**Gute Erdbeerernte. — Preissturz.**  
Staufenberg, 6. Juni. Die Erdbeerernte hat dieser Tage begonnen und bei Andauer des guten Wetters dürfte sie sehr rasch auf Vollbetrieb eingestellt werden können. Die Qualitäten sind im allgemeinen recht gut und auch quantitativ wird eine gute Ernte erwartet. Die Preise, die noch gestern mit 70 bis 85 Pf. notierten, sanken heute bereits auf 40 bis 45 Pf.

**Landesauswahlsitzung des Badischen Landesfeuerwehrverbandes**  
\* Bruchsal. Unter dem Vorsitz von Branddirektor Ueberse fand kürzlich im Rathaus in Bruchsal die gut besuchte Landesauswahlsitzung des Badischen Landesfeuerwehrverbandes statt. In den Landesauswahlsitzungen wurden gewählt: Baumstark (Offenburg),

Wolf (Mannheim) und Schid (Nedarbischsheim). In den Vorstandsrat der Lafula Scholl (Freiburg i. Br.), Müller (Heidelberg) und als Stellvertreter Mariola (Ladenburg). In den technischen Ausschuss als Stellvertreter Kaufmann (Baden-Baden), in den Verwaltungsausschuss Ketter (Bühl) und als Stellvertreter Wolf (Mannheim). Der Ausschuss ernannte einstimmig sein früheres Mitglied Kommandant Kromer (Wäß) zum Ehrenmitglied des Landesauswahls. Den Geschäftsbericht der Gewa für 1930 erstattete Vizepräsident Horn (Bahrnau). Danach wurden im Berichtsjahr 1443 Brände mit einem vorläufigen Gesamtschaden von 7,2 Millionen Mark gezählt. Der Stand der motorischen Feuerlöschgeräte betrug insgesamt 22.241. Schließlich wurde noch neben anderen Punkten die Aufstellung des Programms für den 30. Landesfeuerwehrtag in Mannheim behandelt, der bekanntlich vom 4. bis 7. September im Mannheim stattfindet. Weiter wurde noch über den Deutschen Feuerwehrtag 1932 in Karlsruhe und seine Vorbereitungen beraten.

#### Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Unsere Witterung wird jetzt vollkommen von der Zufuhr maritimer Luft bestimmt, die an der Südküste einer bei England liegenden Zirkone nach Mitteleuropa gelangt. Eine Veränderung der Wetterlage ist nicht zu erwarten.

#### Wasserstand des Rheins

Basel 190; Waldshut 378; Schuftrinsel 260; Rehl 392; Mannheim 585; Mannheim 512 Zentimeter.

#### Vereinsanzeiger

**Stadtschule.** Stadtschule für Arbeiterport, Montag abend 8 Uhr im Lokal Gambirushalle Versammlung der Teilnehmer in Wien. Alles umbedingt erscheinen. Festbeitrag 4.20 M mitbringen.  
\* D. D. Ortsauswahlsitzung Karlsruhe-Durlach-Etlingen. Heute Montag, abends präzis 7.30 Uhr, findet im Volkshaus Delegiertenversammlung statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung über das erste Quartal. 2. Abrechnung über die Maßfeier. 3. Bildung des Jugendparlaments Karlsruhe. Wir erfinden um pünktliches und vollständiges Erscheinen. 4789  
\* Touristenverein Die Naturfreunde, Bezirksgruppe Weiertheim. Heute abend 8 Uhr Monatsversammlung im Lokal „Reißer Ruck“.

# Jetzt WASCHSTOFFE

Unerreicht schöne Fülle von Mustern! Außerordentlich niedrige Preise! Wir verkaufen Waschstoffe so vorteilhaft, daß auch Minderbemittelten Gelegenheit geboten ist, sich modern und wohlfeil zu kleiden.

- Waschmousseline solide Ware in hell- u. dunkelgründer mod. Ausmusterung Meter 38<sup>7</sup>
- Waschkunstseiden aparte Pastellfarb., in Tupfen, Karos u. Blumenmess, Mtr. 1.10 95<sup>7</sup> 58<sup>7</sup>
- Trachten-Cretonne Indanthren, für Garten- und Wanderkleider . . . . . Meter 1.25 88<sup>7</sup>
- Beiderwand für Sportkleider, einfarbig und gestreift . . . . . Meter 58<sup>7</sup>
- Voll-Voile 100 cm breit, aparte Tupfen und Blumenmuster, entzückende Neuheiten für das leichte dultige Sommerkleid . . . . . Meter 2.45 1.75 95<sup>7</sup>
- Woll-Musselin eine Riesenauswahl moderner Muster hell und dunkel Fond . . . . . Meter 2.25 1.65 1.25
- Sport-Panama weiß und farbig, für Sport- und Kinderkleider . . . . . Meter 62<sup>7</sup>
- Kunstseiden-Voile von der Mode bevorzugt . . . . . Meter 3.75 2.95
- Bemberg-Georgette in aparte moderner Mustern, für das elegante Straßen- u. Nachmittagskleid . . . . . Meter 8.50 4.95
- Honan Reine Seide, großes Farbsortiment, Meter 3.75
- Doupion bedruckt, die modern. Pastellfarben, in aparte klei. Mustern, Mtr. 3.95 2.25
- Schweizer Lochstickerei-Stoffe die große Mode, in weiß und Pastellfarben . . . . . Meter 7.50

Im Erfrischungsraum:  
Eisbecher reich mit Sahne garniert 60<sup>7</sup> Eismerinken 50<sup>7</sup>

# KNOFF



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

8. Juni.

632 Mohammed in Medina. — 1695 Astronom Christ. Buvogens. — 1727 Wasserkraftsgründer S. Franke. — 1794 Dichter Gottfr. Aug. Bürger. — 1781 Stenbenson, Begründer des Eisenbahnwesens. — 1794 „Fest des höchsten Wesens“ in Paris. — 1810 Komponist Robert Schumann.

### Der Stadtrat hat beschlossen

#### Neuordnung des Wochenmarktes

Nachdem das Gelände des alten Bahnhofs endgültig der Stadt überreicht ist, soll die schon lange gewünschte Straßenverbindung zwischen Südstadt und Altstadt hergestellt werden. In Verbindung damit wird eine Veränderung des derzeitigen Wochenmarktes vorbereitet. Der Stadtrat hat beschlossen, dem Bürgerausschuß eine entsprechende Vorlage zugehen zu lassen.

#### Kaufverkaufspreise

Die Preise für den Verkauf von Gasfoks aus dem städtischen Werk haben im Monat Mai erneut eine Ermäßigung erfahren.

### Wohin fuhr die erste Karlsruher Eisenbahn?

Eisenbahn und Bevölkerungsbewegung. — Die Reichsbahn als Arbeitsbede. — Gigantische Ziffern aus dem Reichsbahnbetrieb. — Das größte Unternehmen der Welt.

Der 15. September 1830 war ein Tag von weltgeschichtlicher Bedeutung. An diesem Tage wurde der erste offizielle Eisenbahnbetrieb auf der Strecke Manchester-Liverpool eröffnet. Fünf Jahre später sollte die erste deutsche Eisenbahn auf der Strecke Nürnberg-Fürth. Die deutschen Eisenbahnen entwickelten sich aber sehr langsam. Die Herstellung und Unterhaltung von Eisenbahnen wurde zunächst Privatgesellschaften überlassen, die nach 10 Jahren wieder an den Staat übergeben wurden. Am 1. 12. 1875 wurde das Interesse an den Eisenbahnen größer und als dann die Reichsverfassung 1871 eine „Anschlußpflicht“ an andere Bahnen vorschrieb, stand der Eisenbahnbau bereits in voller Blüte. Überall wurde gebaut und jede Stadt suchte möglichst schnell Eisenbahnstationen zu werden.

Die erste Eisenbahnverbindung von der Stadt Karlsruhe aus wurde im Jahre 1843 am 10. April auf der Eisenbahnstrecke bis nach Heidelberg offiziell in Betrieb genommen. Bis zum Jahre 1875 wurden noch folgende Eisenbahnlinien von unserer Stadt aus dem Betrieb übergeben: am 1. 5. 1844 bis nach Rastatt mit Anschluß nach Basel, am 5. 8. 1862 bis nach Marxau mit Anschluß nach Landau, am 4. 8. 1870 bis nach Mannheim (direkte Verbindung).

Um die Auswirkungen der Eisenbahnen auf die Bevölkerungsbewegung festzustellen, fand eine statistische Erhebung in den Jahren 1867-75 statt. Hiernach betrug der durchschnittliche Jahreszuwachs der Karlsruher Einwohnerzahl 46,5 pro Tausend, in den Jahren 1871 bis 1875 sogar 39,7 pro Tausend. Unsere Stadt zählte am 3. 12. 1867 insgesamt 32.004 Einwohner, dagegen am 1. 12. 1875 bereits 42.895 Einwohner. Die Entwicklung des deutschen Eisenbahnnetzes von 1867 bis 1875, dem Zeitraum von 3 Volkserhebungen, im Vergleich zur Flächenausdehnung und Bevölkerungszahl für 1867 für das Land Baden auf je 100 qkm erst 4,83 Kilometer Eisenbahn, was einem Verhältnis von 5,07 km auf je zehntausend Einwohner entsprach. Fünf Jahre später stand das Eisenbahnnetz für unser Land bereits auf 7,62 km auf je 100 qkm, sowie 7,63 km auf je zehntausend Einwohner. Der Reichsbahnschnitt belief sich damals auf je 10.000 Einwohner = 4,08 bzw. 6,55 km Eisenbahn.

Heute nach fast 100 Jahren ist die „Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft“ nicht die Eisenbahn seit dem Dames-Plan sich nennt, mit einem Bruttovolumen von etwa 26 Milliarden Goldmark als das größte Unternehmen der Welt anzusehen. Nach der letzten Jahresübersicht vom 1. Januar 1931 verzeichnete die Reichsbahn einen Personalbestand von rund 645.000 Personen. Demnach ist die Reichsbahn auch der größte Arbeitgeber, ganz zu schweigen von den vielen Menschen, welche wiederum durch die Eisenbahn ihren Lebensunterhalt bestreiten. Im Stadtgebiet Karlsruhe wurden auf Grund der letzten Volkszählung in der Eisenbahnverwaltung 916 Personen geschätzt. Die Bahnunterhaltung, der Betriebsdienst und Verkehrsleistungen erforderten die Beschäftigung von 2358 Personen. Im Maschinen- und ferner Werkstättenbereich fanden in unserem Stadtgebiet 1027 bzw. 2743 Personen ein Arbeitsfeld. — Die Privatbahnen, Haupt- und Nebenbahnen einschließlich der Reichsbahn beschäftigten in unserem Gebiet 519 Personen. Auf einer Gesamtstrecke von rund 53.900 km Eisenbahnstrecke fielen nach dem Stand vom 1. 1. 1931 rund 65.500 Personenwagen, 21.350 Gepäckwagen und 654.850 Güterwagen, welche von rund 25.000 Lokomotiven, Triebwagen usw. gezogen wurden. Die durchschnittliche Monatsleistung im Personenverkehr bezifferte sich auf rund 140 Millionen und im Güterverkehr auf 40 Millionen Tonnen.

So hat sich also innerhalb eines Jahrhunderts eine Erfindung entwickelt, von der der preussische Bundesminister Rotber 1835 sagte, daß „eine Bedürfnisfrage für den Bau von Eisenbahnlinien nicht vorhanden sei“.

### Aus Organisationen und Vereinen

#### Begrüßungsabend des Reichsverbandes Deutscher Dentisten

Anläßlich der 51. Generalversammlung des Reichsverbandes Deutscher Dentisten e. V., die in diesen Tagen in Karlsruhe tagte, fand vergangenes Samstagabend im großen Festsaal ein Begrüßungsabend statt, der auf bemerkenswert künstlerischer Höhe stand. Eine Reihe beliebter und bekannter Karlsruher Künstler boten Ausgesprochenes. Die Veranstaltung war daraufhin angelegt, eine sich aus und geistlich unterhaltende Familie erleben zu lassen, der auch beim Tanz im räumlichen Sinne möglichst viel Bewegungsfreiheit gelassen wurde.

Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Kimnich, begrüßte die Anwesenden, unter denen sich neben Berufskollegen Vertreter des Staates und der Stadt sowie der Presse befanden. Bei dieser Gelegenheit sagte Herr Kimnich auch den Behörden herzlich Dank für ihre Unterstützung der Dentisten gegenüber, die ja am sinnfälligsten darin Ausdruck gefunden hat, daß in Karlsruhe das Verbleiben der Dentisten sich befindet. Die verschiedenen offiziellen Vertreter dankten in kurzen Worten für die Einladung.

Das künstlerische Programm war nicht übermäßig weitläufig und sehr schön. Viel Gehalt entwickelte der Hausdichter und

## Tag der Arbeit

Bei den Arbeiterparteiern, den freien Gewerkschaften und anderen auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung stehenden Organisationen wird emsig gerüstet zum „Tag der Arbeit“ am 4. bzw. am 5. Juli. Er wird ein Ereignis für Karlsruhe werden, das ist aus all dem zu schließen, was bis jetzt schon an Vorbereitungsarbeit geleistet worden ist. Immer mehr wird erkennbar, wie glücklich der Gedanke war, den bisher alle Jahre festgesetzten Reichsarbeiterporttag zum „Tag der Arbeit“ auszubauen, an dem nicht nur der sporttreibende Teil der sozialistischen Bevölkerung, sondern auch die übrigen Teile der sozialistischen Bewegung aktiven Anteil haben. Der „Tag der Arbeit“ wird sich also nicht nur auf eine Veranstaltung rein sportlichen Charakters beschränken, sondern er wird viel umfangreicher werden und den kulturellen Inhalt der Arbeiterbewegung ganz besonders in den Vordergrund treten lassen. Er wird uns veranschaulichen, daß die sozialistische Arbeiterschaft auch in Punkt Kultur eigene Wege geht und wird ein Stück sozialistischer Festkultur dokumentieren.

Das Programm ist nicht nur umfangreich, sondern auch mit sozialistischem Inhalt erfüllt. Den Auftakt zum eigentlichen Festtag (5. Juli) werden die Arbeiterradfahrer veranstalten durch eine große Propagandafahrt am Samstag den 4. Juli. Der Umzug beginnt abends 6 Uhr und wird durch verschiedene Straßen ziehen, um sodann auf dem Platz der Freien Turnerschaft zu enden. Dasselbst finden rad- und motorradportliche und sonstige sportliche Darbietungen statt.

Der Haupttag (5. Juli) findet durch eine Filmvorführung „Die Großmacht Solidarität“ in der Schauburg seine Einleitung. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildet der Festzug, der sich von den bisherigen Umzügen bedeutend unterscheiden dürfte. Mehrere hundert rote Fahnen werden dem Zuge nicht nur ein buntes Bild verleihen, sondern auch das Symbol der sozialistischen Bewegung ganz besonders in Erscheinung treten lassen. Die Aufstellung ist folgendermaßen gedacht: 1. Motorradfahrer; 2. Radfahrer; 3. Mann mit dem Hammer, dahinter rote Fahnen in Keilform, in der Mitte Partei Fahne und Transparente; 4. Parteiführer, Landtagsabgeordnete, Stadträte, Stadtvorstände; 5. fünftägige Sportarten in Sportkleidung; 6. Kinderparade; 7. sozialistische Arbeiterjugend; 8. rote Fahnen in Keilform,

in der Mitte Bundesfahne der Sänger; 9. fünftägige Arbeitergesangsvereine; 10. rote Fahnen in Keilform, in der Mitte großer Globus; 11. Gewerkschaften mit verschiedenen Festwagen; 12. Arbeitsinvaliden, Trommler- und Pfeifertorps sowie die verschiedenen Musikkapellen werden, im Zuge zweckmäßig verteilt, den Teilnehmern den Marschrythmus geben.

Wie aus der Marschordnung ersichtlich, kommen sowohl der Sport als auch die anderen Zweige der Arbeiterbewegung zur Geltung; die Kinder, die Sportler, die SPD, die Gewerkschaften, die Sänger und zum Schluß die Opfer der Arbeit, die an einem Feste, das der Arbeit gilt, auch nicht fehlen dürfen. Die äußere Form des Zuges ist auf eine einheitliche Linie eingestellt, die von den bisherigen Aufmärschen liberale vorteilhaft abheben wird. Der Aufmarsch nimmt seinen Ausgangspunkt am Strefemannsplatz und endet auf dem Sportplatz der Freien Turnerschaft. Dasselbst finden Massenveranstaltungen der Arbeiterturner und -turnerinnen, Sportler, Marschbände der Arbeitergesangsvereine usw. statt. Den Abschluß bildet ein Festspiel „Die Befreiung der Arbeit“ von Hermann Stenz.

In den einzelnen Ausschüssen werden alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen, um die Veranstaltung zu einem wirklichen Fest der Arbeit zu gestalten und für eine reibungslose Abwicklung zu garantieren. Auf dem Festplatz selbst ist auch für leibliche Stärkung gesorgt, so daß auch in dieser Hinsicht keine Klage notwendig sein dürfte. Das Eintrittsgeld ist den heutigen Verhältnissen angepaßt und beträgt der Preis für ein Festabzeichen, das zum Besuche berechtigt, 20 Pfennig.

Es steigt nun an der Karlsruher arbeitenden Bevölkerung, auch ihrerseits zum guten Gelingen des Festes beizutragen. Der „Tag der Arbeit“ muß beweisen, daß die sozialistische Bewegung in Karlsruhe an der Spitze marschiert und nicht der Faschismus an der Spitze steht. So muß der „Tag der Arbeit“ eine machtvolle Demonstration für die republikanisch-demokratische und sozialistische Sache werden. Und welcher freigeistige und sozialistisch denkende Arbeiter, Angestellte und Beamte will hier zurückstehen? Einreihen in die Bataillone der marschierenden Sozialisten am „Tag der Arbeit“, das muß die Parole für jeden überzeugten freien Gewerkschafter, Arbeiterführer, Arbeiterführer und Parteigenossen und Parteigenossin sein.

Anfänger Herr Rudi Schmittenner. Er traf den richtigen Ton und war ebenso gemüht wie amüsiert. Fräulein Helene Schmidt hinterließ als Pianistin einen günstigen Eindruck. Sie spielte die Brahms'sche Klavier- (Es-Dur). Ihr Ansich ist männlich-fräftig, das Tempo manchmal etwas ängstlich-haltig. Von der Einbildungsbildung her war ihr Spiel ein Genuß. Ganz abgesehen Herr Kammeränger Franz Schuster vom Landestheater. Seine Stimme aussehlichen und iabelhaft klingend. Mühselos werden in erstem Vortrag gefangliche Perlen an gefangliche Perlen an einer herrlichen Kette gereiht. Leider war der Text nicht immer verständlich. Desent die Mängelbeileitung des Herrn Kapellmeister R. Reißerth vom Landestheater. Instrumental wirklich belist die Darbietung des Oskentel-Quartetts vom Landestheater, bestehend aus den Herren Oskentel, E. Rehmman, U. Sommer und S. Heril. Gemühten das Zusammenstoß, geschmackvoll der Sinn für instrumentale Feinschmiederei, bewundernswert das technische Können. Das Hauptstück Streichquartett op. 64 Nr. 5 ist reich an gefühlvollen Partien und stimmt weitest und beglückt. Den Musikern besonderen Dank. Beifall und Blumen gab es reichlich. Künstlerisch ist diese Veranstaltung sehr anzureichern. Im geistlichen Kreise blieben die Anwesenden bei den Vorträgen der Polizeikapelle noch lange beisammen.

### A D G B. Ortsauschub Karlsruhe. Durlach Eitingen

Am Montag, 8. Juni, abends präzis 7.30 Uhr findet im Volkshaus Delegierten-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung über das erste Quartal. 2. Abrechnung über die Mitglieder. 3. Bildung des Jugendrats Karlsruhe. Wir erfragen um pünktliches und vollständiges Erscheinen.

### Die Polizei berichtet:

#### Verkehrsunfall

Eine 21 Jahre alte Büroangestellte von hier geriet mit ihrem Fahrrad in der Kaiserstraße in den Schienenstrang der Straßenbahn. Die Radfahrerin stürzte und blieb bewußtlos liegen. Sie mußte mittels Krankenautos in das Städt. Krankenhaus eingeliefert werden, wo der Arzt eine Kopfquetschwunde und eine Gehirnerschütterung feststellte.

#### Diebstahl

Drei Personen zeigten gestern abend an, daß ihnen beim Baden am Baggersee aus ihrem am Ufer liegenden Kleider ihre Geldbeutel mit Inhalt, Uhren mit Kette sowie sonstige Gegenstände gestohlen worden seien. Ermittlungen sind eingeleitet.

Eine Näherin von hier erkrankte die Anzeile, daß ihr auf dem Arbeitsplatz im Gedränge mit 7 M. Inhalt aus der Manteltasche entwendet worden sei. Fahndung ist erlassen.

Eine Lokomotivführerswitwe von hier zeigte an, daß ihr Untermieter, der seit dem 5. Mai bei ihr ein Zimmer bewohnt hatte, sich vor einigen Tagen ohne die Miete zu bezahlen heimlich entfernt und ihr außerdem 50 M. entwendet hat. Die Ermittlungen sind eingeleitet.

Der Frau eines Technikers von hier wurde aus dem Schrank ihrer Wohnung, wie sie der Polizei anzeigte, ein Geldbetrag von 40 M. entwendet. Die Frau bezeichnete eine bestimmte Person als der Tat dringend verdächtig. Die Erhebungen sind im Gange.

#### Körperverletzungen

Ein verheirateter Malermeister von hier stellte sich freiwillig der Polizei, weil er seinen Schwiegerohn anläßlich einer Auseinandersetzung mit einem Messer erheblich verletzt hatte. Der Verletzte befindet im Krankenhaus; der Täter wurde ins Gefängnis eingeliefert.

Ferner wurde ein Hausmeister von hier, der einen Kellner durch Schläge mit einem Schüssel auf den Kopf verletzt hatte, festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert.

#### Veranstaltungen

Diensabendskonzert im Stadgarten. Am Radmen der für den Stadgarten vorgesehenen Konzerte findet am Dienstag, 9. Juni d. J., von 20 bis 22 1/2 Uhr, im Stadgarten ein Konzert statt, das von dem philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn Musikdirektors Emil Ringang ausgeführt wird. Der Besuch des Konzerts

wird bestens empfohlen, umso mehr als ein Aufenthalt im schönen Stadtpark am warmen Sommerabende besonders angenehm empfunden wird.

Mungisches Konservatorium. Das Prüfungskonzert morgen Dienstag, 9. Juni, bringt Konzerte für Violine und Cello mit Orchester, Soloklavierstücke von Schumann und Brahms, und zum Schluß die Kantate von Bach „Wachet auf, ruft aus die Stimme“ für gemischten Chor, Kinderchor, Soloflöt und Solobass mit Orchester.

### Beierthelm

Genosse Johann Wächter †. Am Freitag nachmittag kam die schmerzliche Kunde von dem Hinscheiden unseres treuen Parteigenossen Johann Wächter. Genosse Joh. Wächter hat ein schweres Leiden vor etwa einem Jahre erlitten, das Krankenbett aufzusuchen. Seine Lebensfreude gab ihm immer wieder Hoffnung, bald seinem gewohnten Tagewerk nachgehen zu können. Er hoffte immer auf eine bessere Wendung seines Gesundheits. Weihnachten 1930, von der Krankenkasse ausgeteilt, versuchte er nochmals seinem Beruf als Modellstreiner nachzugehen. Es mährte nicht lange. Erneut trat die Krankheit in noch heftigerer Form auf. Erneut mußte er das Krankenbett aufsuchen, das unser Freund Wächter nun nicht mehr verlassen sollte. Ein stiller Kämpfer ist von uns gegangen. Ueber ein Jahrzehnt der Partei angehörend, hatte er ebenso das Funktion eines Bezirksstellers für Beierthelm inne. Mit reinlichster Gewissenhaftigkeit und Pünktlichkeit führte er dieses Amt in den langen Jahren aus. Die Partei dankt ihm diese Tätigkeit herzlich und wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet heute nachmittag halb sechs Uhr auf dem Friedhof in Beierthelm statt. Unsere Genossen werden gebeten, recht zahlreich dem von uns Gegangenen die letzte Ehre zu erweisen. 29.

### Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion. Die auf heute abend andereraunte Fraktionsführung muß wegen der Versammlung des Gewerkschaftsrates auf morgen Dienstag verlegt werden.

Sozialdemokratische Frauengruppe. Wir machen heute schon auf die am Mittwoch, den 17. Juni 1931, abends 20 Uhr, im Lokal zum „Elefanten“ stattfindende öffentliche Frauenversammlung aufmerksam. Genosse Dr. Marcuse spricht über: „Traum der Mutterchaft.“ Wir erfragen die Bezirksführer, für diesen Tag keine Veranstaltungen für ihren Bezirk zu treffen.

Bezirk Grünwinkel. Samstag, den 13. Juni d. J., abends 8 Uhr, im Vereinshaus des Arbeiterfußballvereins Bezirksversammlung mit Vortrag des Genossen Koch: „Die politische und ökonomische Lage der deutschen Arbeiterklasse.“

### Aus der Stadt Durlach

Jugendsozialisten. Heute abend außerordentliche Versammlung. Stellungnahme zum Reichsparteitagsbeschluss: Auflösung der Jugendsozialisten-Gruppen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Todesfälle und Beerdigungszeiten. 5. Juni: Johann Wächter, Schreiner, Ehemann, alt 55 Jahre, Beerdigung im Karlsruhe-Beierthelm am 8. Juni, 17.30 Uhr. Marie Bey, alt 77 Jahre, Privatier, ledig, Beerdigung am 8. Juni, 14 Uhr. Marie Frein Seutter von Löwen, alt 80 Jahre, Privatier, ledig, Beerdigung am 8. Juni, 11 Uhr.

### Aus dem Gerichtssaal

#### Die Art im Hause und der Zimmermann

Am Karlsruher, 5. Juni. Der Zimmermann Friedrich F. in Hagenfeld stand mit seiner Wohnungvermieterin nicht auf dem besten Fuße, so daß er sich eines Tages, kurz vor dem Ausziehen, erdachte seine Sachen und verpackte nach Karlsruhe. Die Vermieterin, der er noch 15 Mark Miete schuldet, behielt sein Bett als Pfand zurück und schloß die Tür des Zimmers, in welchem es stand. Aber F. mußte sich als gelehrter Zimmermann zu helfen. Er ist der Ansicht, daß ihm die Vermieterin noch Geld schuldet für verpackte Feder und Wiesen, und ergriff — wie er glaubte: mit vollem Recht — eine Art, geräumte die verschlossene Tür und holte sein Bett heraus. Die Vermieterin war damit nicht einverstanden und stellte Strafantrag, was zur Folge hatte, daß dem Zimmermann ein Strafbefehl ins Haus flatterte, der ihn wegen Pfandentziehung und Sachbeschädigung mit 30 Mark Geldstrafe belegte. Damit war nun der Zimmermann

nicht einverstanden und beantragte gerichtliche Entscheidung. In der Verhandlung vor dem Einzelrichter betont er nochmals in temperamentvoller Weise, daß er zu seinem Vorgehen berechtigt gewesen sei und verlanste seine Freisprechung, auf der er beharrte, trotzdem ihm der Richter eines anderen belehrte. Auf die als Zeugin erschienene Vermieterin ist er schwer gefallen. Er nennt sie ironisch „schöne Frau“ und wird vom Richter deswegen ärgerlich. Schließlich kündigt er an, daß er bei ihr auch ein Tüpfchen aufdecken werde. Die Urteilsverkündung brachte dem heftigen Zimmermann die Gewißheit, daß er doch nicht im Recht handelte, denn das Gericht erhöhte die Geldstrafe auf 40 Mark. Der Richter stellt fest, daß die Frau im Recht war, als sie sich das Bett des Angeklagten als Pfand für die Mieschuld sicherte. — Nebenlich gelagert war ein weiterer zur Verhandlung kommender Fall von Pfandentziehung. Die Ehefrau Maria Sch. von hier, der 21 Jahre alte Händler Adolf Sch. von Durmersheim und die 19jährige Kunzele Sch. von hier unternahmen es, für Mieschulden als Pfand zurückgehaltene Gegenstände wieder an sich zu nehmen. Wegen Pfandentziehung wurden durch Straferfüllung Geldstrafen von 50, 40 und 30 Mark ausgesprochen. Das Gericht ermäßigte die Strafen auf 30 bzw. 20 Mark.

### Mundraub

Am Karlsruher, 5. Juni. Der 20jährige Hilfsarbeiter Hermann Sch. aus Gröningen war, weil er mit dem Geleis in Konflikt gekommen war, nach Verbüßung einer fünfjährigen Gefängnisstrafe in Freiburg aus dem Elternhause gejagt worden. Ohne Mittel und Aussicht, seinen Lebensunterhalt durch seiner Hände Arbeit zu erwerben, verbrachte er den ganzen Tag in einer Scheune liegend, während er nachts dem Diebstahl nachging. So hat er nach und nach vom 17. Februar bis 8. April nicht weniger als 16 Kellereibrüche in Karlsruhe und Gröningen verübt, bei denen ihm Brot, Käse, Früchte und andere Lebensmittel, mit denen er seinen Hunger stillte, in die Hände fielen. Erst stand er wegen fortgesetzten erwichten Diebstahls in 16 Fällen vor dem Einzelrichter beim Amtsgericht. Er leugnete ein umfassendes Geständnis ab. Das Gericht ließ Milde walten und verurteilte ihn nur insoweit, als seitens der Betroffenen Strafantrag gestellt war, wegen Mundraubs in neun Fällen zu einer Haftstrafe von sechs Wochen.

### Ämtliche Bekanntmachungen

#### Handelsregister-Einträge

1. W. Christmann & Co., Karlsruhe. Kommanditgesellschaft mit Beginn am 1. Juni 1931. Persönlich haftender Gesellschafter: Wilhelm Christmann, Kaufmann, Karlsruhe. Es ist eine Kommanditistin beteiligt. 1. VI. 31.
2. Erich Rudolf, Möbelhandlung und Dauer-möbelhaus, Karlsruhe. Der bisherige Inhaber Erich Rudolf ist aus dem Geschäft ausgeschieden. Die Firma ist geändert in: Möbelhaus Rudolf & Seebauer. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 10. Februar 1931. Persönlich haftender Gesellschafter: Rudolf Rudolf, Kaufmann, Karlsruhe, Max Seebauer, Innenarchitekt, ebenda. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts bisher begründeten Verbindlichkeiten ist bei der Übernahme des Geschäfts durch die offene Handelsgesellschaft ausgeschlossen. 1. VI. 31.
3. Dr. Pachtelwald, Seibinger & Co., Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.
4. Kron Danauer, Kaufmann, Karlsruhe. Handel mit Eisen und Eisenwaren. Kaiserstraße 24. Amtsgericht Karlsruhe. 1. VI. 31.

#### Handelsregister-Einträge

1. Ebersberger und Nees, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Gesamtprotakt: Jakob Weitenstein, Kaufmann, Karlsruhe. Er vertritt gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Protaktisten.
2. Gehrbrunn-Handels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. 2. VI. 31.
3. Deutsche Futur-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Zweigniederlassung Karlsruhe. John Johnston, Kaufmann, Wehrh. ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. Gesamtprotakt: Karl Wieg. Hermann Ebersberger, Oberbuchhalter, Heinrich Ernst Braun, Korrespondent, beide in Wehrh. Beide zeichnen gemeinsam oder jeder zusammen mit einem Geschäftsführer. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 2. Oktober 1930 wurde der Gesellschaftsvertrag in 2/3 geändert. Jeder Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft allein.
4. Bauhaus Schlaf-, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oden- u. Hans, Karlsruhe. Karl Kayler ist nicht mehr Geschäftsführer. 3. VI. 31. Amtsgericht Karlsruhe. 1170

### Güterrechtsregister-Einträge

1. In Band II, Seite 108: Schmitter, Georg, Kaufmann, Karlsruhe und Emma, geb. Wehr, Vertrag vom 21. April 1931. Gütertrennung. 1. VI. 31.
2. Seite 109: Liebe, Max, Ingenieur, Karlsruhe-Beiertheim und Frieda, geb. Dumte, Vertrag vom 31. Januar 1931. Gütertrennung. 2. VI. 31.
3. Seite 110: Wöler, August, Mühlensbauer, Karlsruhe-Blippur und Lydia, geb. Wöler, Vertrag vom 10. März 1931. Gütertrennung.
4. Seite 111: Göbler, Ernst, Reichsbahnreferent, Karlsruhe und Anna, geb. Gayer, Vertrag vom 12. Mai 1931. Gütertrennung. 3. VI. 31.
5. Seite 112: Kohl, Max, Reichsbahnoberreferent, Karlsruhe und Emma, geb. Blum, Vertrag vom 26. August 1921. Errungenschaftsgemeinschaft mit Abgrenzung der Frau.
6. Seite 113: Zewerth, Emil, Privat, Karlsruhe und Lina, geb. Gundelinger, Karlsruhe, Vertrag vom 22. Mai 1931 wurde das darin bezeichnete Vermögen der Frau als deren Vorbehaltsgut erklärt. 6. VI. 1931. Amtsgericht Karlsruhe. 1171

### Zwangs-Versteigerung.

III VT. Nr. 23/30.  
Im Zwangswege zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft versteigert das Notariat am  
Dienstag, den 20. Oktober 1931, vormittags 9 Uhr,  
in seinen Diensträumen in Karlsruhe, Kaiserstraße 184, 1. Stod. Zimmer 4, das Grundstück der Erbengemeinschaft zwischen:  
a) Carlstine geb. Müller, Witwe des Verstorbenen Eduard Möhner in Straßburg i. E.,  
b) Emilie Möhner in Straßburg i. E.,  
c) Anna Maria Möhner in Straßburg i. E.  
für den Anteil des verstorbenen Karl Möhner, Miteigentum 1/2 und der fürstlich fürstbergischen Brauerei Aktien-Gesellschaft in Donaueschingen, Miteigentum 1/2, auf Gemartung Karlsruhe.  
Die Versteigerung wurde am 28. August 1930 im Grundbuch vermerkt, die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 28. August 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Versteigerung des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erläuterung erst nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Aufschlag aussetzen oder einstweilen einstellen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des verfallenen Gegenstandes.

Zum Neubau der Telegraphen-Verhältnisse Karlsruhe öffentlich zu vergeben: Grab-, Bau- und Betonarbeiten, Steinhauer-, Granit- und Kunststeine-, Zimmer-, Grobholzerarbeiten und Malgelenklieferung, Klänge, Bedingungen bei der Hochbahnmeisterei Karlsruhe, Bahnhofplatz 1, Zimmer 79, wo vorab persönlich abzuholen sind. Angebote verschließen, postfrei mit der Aufschrift: „Neubau einer Telegraphenverhältnisse Karlsruhe“ abzugeben auf... arbeiten“ bis längstens bis Mittwoch, den 17. Juni 1931, 10 Uhr, an die unterfertigte Stelle einzureichen. Zuschlagfrist 4 Wochen. Karlsruhe, den 1. Juni 1931. Reichsbahnbetriebsamt I

**Versteigerung**  
Vorgen Dienstag, den 9. Juni, nachmitt. 3 Uhr, Rudolfstr. 18, im Hofe 1 Bett, 1 Nähmaschine, Gasheizung mit Decke, 4 Stühle, Korbmöbel, Federbetten, Teppich, Weißzeug, Glas- u. Porzellanwaren, Haus- und Küchengeräte. 4356. Gutmann Stationar Rudolfstraße 12.

**Schlafzimmer**  
Es handelt sich hier um ein vollständig neues Schlafzimmer, Gasheizung mit Decke, nur 390.—. Der Preis ist nur deshalb so niedrig, weil wir die Teile, die aber zusammen passen, von 2 kleineren Werkstätten erworben haben, die sehr nötig Bargele brauchen. — Dieses wunderbar polierte Schlafzimmer besteht aus einem ganz modernen Landorbe-Schrank, alle Türen mit Klavierbändern, 2 modernen Betten, zwei Nachtschische mit weißem Marmor, eine Waschkommode mit weißem Marmor, Spiegel, 2 Stühle und 1 Handtuchhalter. — Falls Sie Ihr altes Zimmer durch ein modernes poliertes ersetzen wollen, so nehmen wir es gerne zurück. Jungverlobte können sich hier ein echt poliertes Schlafzimmer zu einem einstelligen Preis erwerben.  
Möbelhaus Carl Baum & Co. Köln Laden Ständiges Lager über 100 Zimmer u. Küchen. Teilzahlung

**Grundstücksbetrieb**  
Grundbuch von Karlsruhe, Band 34, Blatt 20.  
Laf. Nr. 684: 3 a 60 am Hofreite mit Gebäuden an der Kaiserstraße 219. Auf der Hofreite steht:  
a) ein zweistöckiges Wohnhaus mit Wirtschaft und gewölbtem Keller und Schienenteller,  
b) ein einstöckiger Anbau an a und c mit Aborten und Wirtschaft,  
c) ein zweistöckiger Seitenbau links mit gewölbtem Keller, Wirtschaft, oben Küche,  
d) ein dreistöckiger Querbau, Remise und Wohnung mit gewölbtem Keller,  
e) ein Hofstall.  
Schätzungswert mit Zubehör 80 046 937. Schätzungswert ohne Zubehör 80 000 937. Karlsruhe, den 2. Juni 1931. 1167  
Babisches Notariat III  
— als Vollstreckungsgericht —

**Grundstücks-Zwangsversteigerung**  
Der in der Zwangsversteigerungssache gegen Frau Karoline geb. Harzer, Ehefrau des Handelsmanns Karl Kraus in Karlsruhe-Käbber auf Dienstag, den 9. ds. Mts., festgesetzte Versteigerungstermin wurde aufgehoben. 1168  
Karlsruhe, den 5. Juni 1931.  
Bad. Notariat IV  
— als Vollstreckungsgericht —

Die Frühjahrsmesse ist bis einschl. Dienstag geöffnet.  
Städt. Hochbauamt (Abt. Markt u. Refe.)

# Spar-Woche

## Montag: Schlußtag!

Für das Haus- und Gartenkleid:  
**Kunstseid.-Beiderwand 68**  
gestreift . . . . . Meter 85,4

Für das leichte Sommerkleid:  
**Wollmusseline 1.20**  
mehrfarbige Druckmuster . . . . . Meter 1,65

Für das duftige Hochsommerkleid:  
**Crêpe Chiffon, reine Seide, 4.65**  
ca. 100 cm br., farbenprächtige Muster, Meter

Die beliebte Sporttasche  
**Rindleder handgepreßt, braun, blau u. beige . . . . . Stück 2.90**

# TIETZ

KARLSRUHE

**Uhren aller Art**  
werden fachmännisch prompt und äußerlich billig repariert bei  
**J. Gelmann**  
Eigene Reparaturwerkstätte  
Zähringerstraße 36

**Pat.-Bettröste** 950  
jeder Art . . . . . 24.- 10.- 13.-  
**Schoner** 9.- 7.50 6.75 275  
einf. oder gepulvert  
**M. Kachur, Kaiserstrasse 19**

**Eisenbetonpolier**  
ob. Arbeiter sofort für Vorgesicht in Markt gesucht.  
Aufschriften mit Zeugnisabschriften unter Nr. 4882 an den Volksfreund.

# Zucker

jetzt noch  
**billig**  
bei 4890  
**BUCHERER**  
in sämtlichen Filialen  
**5% Rabatt!**

**Badisches Landestheater**  
Montag, 8. Juni  
8. 27  
Th.-Gem. 3. S.-G.  
2. Hälfte  
**Lieber allen Zaubrer Liebe**  
von Calderon. Freie Neuinszenierung von Scholz, Musik von Eitel.  
Regie: Baumbach.  
Walter, Schütz, Schreiner, Gise, Gelsen, Brand, Köhler, West, Hara, Juhl, H. Kieniger, Kloebe, Kuhne, Luther, Müller, Bräker, Schütz, Freitag 20 Uhr.  
Ende nach 22.30 Uhr  
Streife A (0.70-0.00A) 1164  
Die geliebte Stimme.  
Do. 11. 6. 8. 12. 6. 12. 6.  
Don Juan. Hierauf: Gianni Schicchi.  
Sa. 13. 6. Zum ersten Mal: Ständchen bei Nacht. So. 14. 6. Nachmittags: Der Handmann von Kaden. Abends: Vittoria und ihr Quier.  
Im Konzerthaus: Keine Vorstellung.

**ALLE Farben u. Lacke**  
FÜR DEN Hausgebrauch  
CUT u. PREISWERT IM  
**farbenauss Weststadt**  
KÖRNERSTRASSE 42 ECKE SOFIENTRASSE

**Volksbühne**  
Rot abholen!  
Stadtgarten  
Dienstag, den 9. Juni  
von 20-22 1/2 Uhr:  
**Abend-Konzert**  
des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Musikdirektor Emil Kirzgang. 1165  
Für die Abendkonzerte im Stadtgarten gelten die ermäßigten Eintrittspreise (40 Pfg. beginnend 20 Pfg.)

**Mad-Anzüge**  
Mantel, Überz.  
10.- an in all Gr. u. Farb., im Gebirg, Smolings u. Gutaussehungs, Neuen, Joppen, von u. geb., tolle Gelegenheitspost. neue, in Qualität.  
**Anzüge u. Mantel**  
Raumverleih 40 Pfg. Zähringerstr. 53, II

**Sofort zu verkaufen**  
2 Bauhöfen für Zierbau oder Baugelände, auch für Sportplätze geeignet, 2 bis 3 Stück erdbrüder Handwagen, eine größere Partie Müssen. Elektrohaht, nur Rheintrasse 13. 4611

**Schlüsselbund gefunden**  
Abgehoben bei Herr, Seibingerstr. 96. 4789

**Kraftwagenführer**  
sämtl. Systeme, guter Wagenpfeiler, gelernt. Fahrer, sucht Arbeit, auch Nebenberuf. Zu erfr. u. G 760 i. Volkfr.

**Feldiges Mädchen**  
Sucht halbtägige Stelle vor- od. nachmittags. Angebote unter L 768 an den Volksfreund.

**Sofort zu verkaufen**  
Billig! Billig!  
Beleuchtung für Kronen, Zedendleuchtung, Schlafzimmer, Lampe u. s. w. 4842  
Kein Baden, im Hofe r.  
Elektrohaht nur Rheintrasse 13.

**7/8 Geige bill. u. verb.**  
oder gegen Vorkauf zu tauschen. W 790  
Zähringer Str. 3, II r.

**Rüchensbüfett**  
von Calderon. Freie Neuinszenierung von Scholz, Musik von Eitel. Regie: Baumbach.  
Walter, Schütz, Schreiner, Gise, Gelsen, Brand, Köhler, West, Hara, Juhl, H. Kieniger, Kloebe, Kuhne, Luther, Müller, Bräker, Schütz, Freitag 20 Uhr.  
Ende nach 22.30 Uhr  
Streife A (0.70-0.00A) 1164  
Die geliebte Stimme.  
Do. 11. 6. 8. 12. 6. 12. 6.  
Don Juan. Hierauf: Gianni Schicchi.  
Sa. 13. 6. Zum ersten Mal: Ständchen bei Nacht. So. 14. 6. Nachmittags: Der Handmann von Kaden. Abends: Vittoria und ihr Quier.  
Im Konzerthaus: Keine Vorstellung.

**Gebräuchtes Dreirad**  
zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 4853 an den Volksfreund.

**Kinderwagen, wie neu, mod., weiß, sehr preisw.**  
zu verkaufen. Hierfür u. R 783 a d. Volksfreund.

Habe mich in Karlsruhe als Facharzt für Augenkrankheiten niedergelassen. Meine Praxis befindet sich am  
**Rondellplatz, Erbprinzenstraße 11.**  
Ich erhielt meine Ausbildung an der Augenklinik Freiburg i. Br. (Geheimrat Azenfeld) bzw. an der Augenklinik Frankfurt a. M. (Prof. Schnaudigel). — Sprechstunden: Werktags 9-12, 3-5 Uhr, Samstags nachmittags keine.  
**Dr. Willy Bernd, Augenarzt**

## ELLY BEINHORN

spricht am **Donnerstag, den 11. Juni, 20.30 Uhr im Konzerthaus** über ihren  
**Afrika-Flug**  
Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller und Verkehrsverein Kaiserstraße  
Preise 2.— 1.50 1.— —.80 4857  
Badisch-Pläzischer Luftfahrtverein e. V., Karlsruhe

**Sozialdemokr. Partei**  
Karlsruhe  
**Todes-Anzeige**  
Den Mitgliedern die Trauernachricht, daß unser Genosse  
**Johann Wachter**  
Schreiner  
gehoben ist. Die Beerdigung findet heute Montag abends 7/8 Uhr im Beiertheim statt und erüden wir unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung.  
Der Vorstand. 4661

**Arbeiter-Sportkartell**  
Bulach-Beiertheim  
**Todes-Anzeige**  
Nach langem, schwerem Leiden ist unser Sportgenosse und langjähriger Helfer  
**Johann Wachter**  
am vergangenen Freitag abend gestorben.  
Die Beerdigung findet heute Montag abends 7/8 Uhr vom Trauerhaus Oberhartstraße, Karlsruhe-Beiertheim aus statt.  
Die dem Sportkartell Bulach-Beiertheim angeschlossenen Vereine werden ersucht, an der Beerdigung teilzunehmen. Treffpunkt der Vereine 5 Uhr nachmittags für Bulach in der „Krone“ für Beiertheim im „Weihen Rindt“.  
Der Vorstand.

**Arbeiterfahrerverein**  
„Solidarität“  
Ortsgruppe Beiertheim-Bulach  
**Todes-Anzeige**  
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem Ableben unseres Sportgenossen und Helfers  
**Johann Wachter**  
in Kenntnis zu setzen.  
Ueber 25 Jahre war der Vereiner als Kaffierer in seltener Pflichterfüllung für unsere Ortsgruppe tätig. Sein Tod hinterläßt eine schwer ausfüllbare Lücke in unseren Reihen.  
Unsere Ortsgruppe wird dem Verstorbenen ein trauriges Gedenken bewahren.  
Die Sportgenossen beteiligen sich reiflich an der am Montag nachmittags 7/8 Uhr stattfindenden Beerdigung. Treffpunkt 5 Uhr bei der „Krone“.  
Der Vorstand.

**Mad-Anzüge**  
Mantel, Überz.  
10.- an in all Gr. u. Farb., im Gebirg, Smolings u. Gutaussehungs, Neuen, Joppen, von u. geb., tolle Gelegenheitspost. neue, in Qualität.  
**Anzüge u. Mantel**  
Raumverleih 40 Pfg. Zähringerstr. 53, II

**Mad-Anzüge**  
Mantel, Überz.  
10.- an in all Gr. u. Farb., im Gebirg, Smolings u. Gutaussehungs, Neuen, Joppen, von u. geb., tolle Gelegenheitspost. neue, in Qualität.  
**Anzüge u. Mantel**  
Raumverleih 40 Pfg. Zähringerstr. 53, II

**Mad-Anzüge**  
Mantel, Überz.  
10.- an in all Gr. u. Farb., im Gebirg, Smolings u. Gutaussehungs, Neuen, Joppen, von u. geb., tolle Gelegenheitspost. neue, in Qualität.  
**Anzüge u. Mantel**  
Raumverleih 40 Pfg. Zähringerstr. 53, II